

Schülerinnen und Schüler an den beruflichen Schulen

im Schuljahr 2020/21 in Hessen

(Insgesamt 172 441 Schüler:innen)

Schüler/-innen der Beruflichen
Gymnasien 7,8%

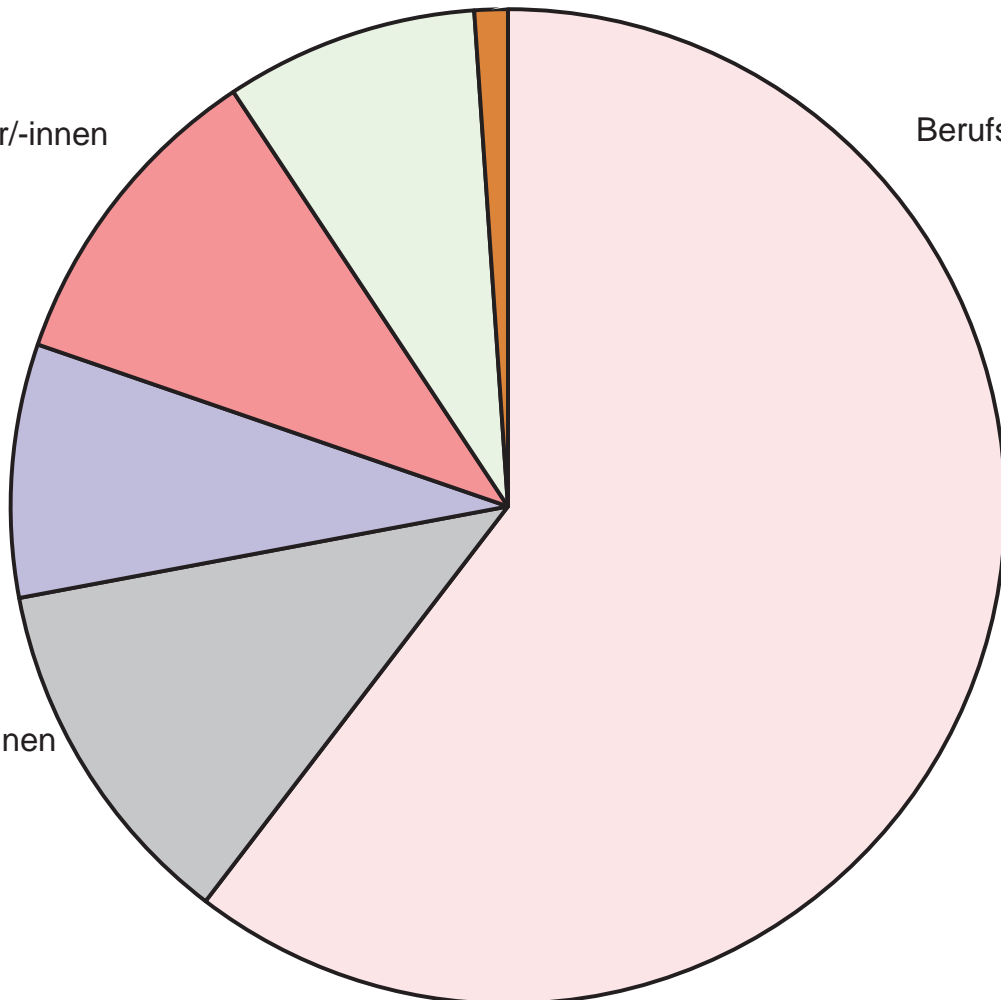
InteA (Schüler/-innen Nichtdeutscher
Herkunftssprache) 1,1%

Fachoberschüler/-innen
10,4%

Berufsschüler/-innen
60,4%

Fachscher/-innen
8,2%

Berufsfachscher/-innen
11,6%



Quelle: Stat. Berichte des Hess. Stat. Landesamtes

"Die beruflichen Schulen in Hessen 2020; Stand 1. Nov. 2020 - Erste Ergebnisse"

LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



eigentlich wollte ich den bisherigen, wohl begründeten Kommentaren zum Dilettantismus, den Bundesregierung und Länderregierungen zu Corona in den vergangenen Monaten gezeigt haben, nicht noch etwas hinzuzufügen.

Wer A sagt,
der muss nicht B sagen.
Er kann auch erkennen,
dass A falsch war.

(Bertold Brecht
1898 - 1956)

Doch eine kleine, selbst erlebte Episode reizt mich dazu. Ich fahre frohgemut und mit allen vier Schriftstücken versehen zum Termin meiner ersten Impfung und gehe – nach einigem Warten vor der Tür – in das Impfzentrum. Dort empfängt mich ein Mann, bittet meine Unterlagen vorzulegen und dann, auf dem wichtigsten Dokument meine Telefonnummer rechts oben einzutragen. Brav komme ich dem Ansinnen nach und frage, wie es denn nun weitergehe. Darauf: Sie können nun zur nächsten Markierung gehen. In diesem Augenblick schießt mir Lorient in den Kopf. Was hätte der aus dieser Situation gemacht! Wahr-

scheinlich hätte sein Schauspieler seinen Namen links oben eingetragen, darauf wütender Einlass des Türstehenden usw. Der Sketch könnte richtig ausgebaut werden. Danach durfte ich an die Theke treten, meine Papiere vorlegen und musste dort nun nicht mehr meine Telefonnummer eintragen (lassen). Na also!

Wir Deutschen sind schon Weltmeister in Bürokratie und überbordender, gleichwohl ineffizienter Organisation, wie inzwischen mehrfach bewiesen.

Aber eigentlich wollte ich von dem allgemeinen Desaster um Corona gar nicht reden. Auch nicht von dem Chaos um Kitas und Schulen mit dem mal Schließen, mal Teilöffnen, immer begleitet von oftmals sybillinischen Direktiven und rational nur schwer nachvollziehbaren Vorgaben. Fern- (digital-), Präsenz- und Wechselunterricht etc. werden je nach Laune oder Eingebung des Kultusministeriums ausgerufen und damit die Schulen verunsichert und letztlich alleingelassen. Wohl der Schule, die eine selbstbewusste Schulleitung mit eigenständigem Entschlussvermögen und eigenständigen Aktivitäten hat.

Upps: eigentlich wollte ich zu dem Corona-Desaster nichts sagen, aber



Dieter Siebert

INHALTSVERZEICHNIS

KMK – Zahnloser Papiertiger	3
NEWS	4
CO ₂ -Ampel – Eigenbau	6
Integrierter Ausbildungsbericht	8
IT-Administration sichern	9
HPRL-Intern	10
Trennung Studium – Referendariat?	12
Publikationen	16
Vom Finden des Ausbildungsberufs	17
Kultusministerium weicht aus	18
Klimaschutz und Nachhaltigkeit – Stationen	20
Über die Namen der beruflichen Schulen	22
Fachschule lohnt sich	24
Demokratieförderung in der Beruflichen Bildung	25
Duales Masterstudium M+E	26
Duale Prüfungen und Corona	28
Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung	29
Neues Lehren und Lernen	30
B. Russel: Zehn Gebote	32

KMK – DER ZAHNLOSE PAPIERTIGER LEBT WEITER!

Ländervereinbarung über Grundstruktur des Schulwesens in Kraft getreten

Mit der Unterschrift aller 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten ist die am 15. Oktober 2020 beschlossene „Vereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bildungspolitischen Fragen“ nun in Kraft getreten.

So titelt die Pressemeldung der KMK am 19.02.2021. Diese Vereinbarung löst das „Abkommen zwischen den Ländern der Bundesrepublik auf dem Gebiete des Schulwesens“ (sog. Hamburger Abkommen) vom 28.10.1964 i.d.F. vom 14.10.1971 (!!!) ab.

Als erstes bleibt festzuhalten: 50 Jahre lang haben KMK und damit die alten und später auch die hinzugekommenen neuen Bundesländer auf dem Hamburger Abkommen als Grundlage ihrer Schulpolitik beharrt, als wenn sich in diesen 50 Jahren gesellschaftlich und pädagogisch nichts getan hätte, unfassbar.

Nun könnte man bei einem solchen „historischen Schritt“ annehmen, dass zumindest mit diesem neuen Abkommen die Frage gründlich und fundiert diskutiert und beantwortet wird, welche Bildung (meinetwegen auch welche Kompetenzen und Befähigungen) Kinder und Jugendliche benötigen, um die Schlüsselprobleme unserer Zeit heute und in der Zukunft bewältigen und ein befriedigendes und menschenwürdiges Leben führen zu können. Man könnte demnach auch annehmen, dass vor diesem Hintergrund der bisherige traditionelle Fächerkanon, die derzeitigen Zeitgefäße und die bisherigen Lehrpläne und -strukturen kritisch auf

den Prüfstand gestellt würden. Wer solches erwartet, der irrt gewaltig.

Vielmehr heißt es blumig und decouvrierend an prominenter Stelle auf S. 4: *„Durch die Ausgestaltung und Weiterentwicklung eines modernen Bildungswesens tragen die Länder dazu bei, dass die nachfolgenden Generationen die Herausforderungen der Zukunft und einer sich wandelnden Welt auch im europäischen und internationalen Kontext bestehen können. Dabei legen die Länder besonderen Wert darauf, die Qualität und Transparenz des Bildungswesens zu steigern, die Vergleichbarkeit der Abschlüsse zu verbessern und damit die Mobilität für Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte zu sichern.“*

Als gemeinsame Ziele werden auch an anderen Stellen ausdrücklich genannt: Qualität – Vergleichbarkeit – Transparenz.

Fazit zwei: welch ein Armutszeugnis, von Bildung für Gegenwart und Zukunft keine Spur!

Berufliche Schulen

Wer sich auf die Suche danach begibt, was sich die KMK in ihrem neuen Grundabkommen für den Bereich der Beruflichen Schulen ausgedacht hat, auch der kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus. Da widmet die KMK bei insgesamt 44 Artikeln dem Bereich, den die meisten Schüler*innen im Verlauf ihrer schulischen Biografie besuchen, gerade mal einen einzigen Artikel und eineinhalb Seiten.

Noch erschreckender sind die inhaltlich dürftigsten Aussagen. In acht von neun Unterpunkten wird nichts anderes geliefert als die Beschreibung der derzeit bestehenden

Schulformen der Beruflichen Schulen. Nullkommanichts zu Zukunftsperspektiven. Aber: im Unterpunkt 9 kommt dann die geballte Wucht inhaltlicher Zukunftsziele:

„Art.31 – Sekundarbereich II: Berufliche Schulen

(9) Angesichts der sich stetig wandelnden Wirtschafts- und Arbeitswelt verstärken die Länder mit allen an beruflicher Aus-, Fort- und Weiterbildung Beteiligten ihre Anstrengungen für eine zukunftsfähige und qualitätsvolle berufliche Bildung. Sie stärken die Attraktivität der beruflichen Aus- und Weiterbildung darüber hinaus durch den Ausbau von Angeboten zum Erwerb höherer Bildungsabschlüsse sowie zur Anrechenbarkeit und Anschlussfähigkeit von im Rahmen der beruflichen Bildung erworbenen Qualifikationen“ (S. 22).

Das wars! Deutlicher könnte die KMK die Randständigkeit der Beruflichen Schulen für sie nicht dokumentieren!

Abschließendes Fazit: die KMK offenbart sich mit ihrem neuen „Grundsatzabkommen“ wieder einmal als zahnloser Papiertiger zur Übertünchung der dem Föderalismus geschuldeten Alleinzuständigkeit der 16 Länder für Bildung. Ein Anachronismus lebt unbeirrt aller gesellschaftlichen Veränderungen und Anforderungen zum Trotz munter weiter, hoffentlich nicht wieder 50 Jahre!

Dieter Staudt

Die Vereinbarung kann unter der Homepage der KMK www.kmk.org herunter geladen werden.

VirtualBrainLab

Basierend auf dem Ansatz, das Thema der Neurowissenschaften in Schulen zielgerichtet zu stärken, wurde in der Abteilung für Didaktik der Biowissenschaften (Goethe-Universität) 2014 das „Schülerlabor Neurowissenschaften“ mit schülerorientierten Konzepten rund um neurobiologische Fragestellungen ins Leben gerufen. Inzwischen wurden die Konzepte weiterentwickelt und für die Digitalisierung angepasst. Das entstandene VirtualBrainLab ist ein unentgeltliches Onlineangebot für den neurobiologischen Unterricht. Die virtuellen Experimente sind mit innovativen Anwendungen umgesetzt und bieten Schüler*innen eine praktische Zugangsmöglichkeit, wodurch eine aktive Auseinandersetzung mit den Inhalten gefördert wird. Dabei wird viel Wert auf eine authentische Vermittlung gelegt, weshalb originale wissenschaftliche Forschungsdaten in die virtuellen Experimente integriert sind. Lehrkräfte profitieren von ausgearbeiteten Unterrichtskonzepten und vielfältigem Begleitmaterial.

Mehr Informationen: virtualbrainlab.de

Digitalisierung – Deutschland hinterher

Deutschland hat im internationalen Vergleich deutlichen Nachholbedarf bei der digitalen Ausstattung von Schulen und Schüler*innen. Zumindest im Jahr 2018 hinkte es hier deutlich hinterher, wie sich

aus einer Sonderauswertung der aktuellsten PISA-Ergebnisse ergibt. Demnach hatten zum Zeitpunkt der Erhebung nur 33 Prozent der Schüler*innen Zugang zu einer Lernplattform; im OECD-Schnitt waren es mehr als 54 Prozent. Deutschland landete damit in der Schlussgruppe.

www.oecd.org/berlin/themen/pisa-studie/

Digitalpakt Schule

Bis in Deutschlands Schulen flächendeckend digital gelehrt und gelernt wird, vergeht voraussichtlich noch viel Zeit. Aus dem inzwischen insgesamt rund 7 Milliarden Euro umfassenden Digitalpakt Schule seien bis Ende des vergangenen Jahres 1,363 Milliarden Euro abgeflossen oder bewilligt worden, teilten das Bundesbildungsministerium (BMBF) und die Kultusministerkonferenz (KMK) mit. Demnach wurden knapp 488 Millionen Euro ausgegeben; 875 Millionen wurden zugesagt, aber noch nicht abgerufen. Während die Politik dies als ein gutes Vorankommen bewertet, kritisiert die GEW eine viel zu langsame Umsetzung des Förderprogramms.

GEW-Newsletter 22.02.2021

Ungleichheit in Deutschland: Datenreport 2021

Die Corona-Pandemie wirft ein neues Licht auf die sozialen Ungleichheiten in Deutschland. Wichtige Fakten für den Schulunterricht liefert hier der aktuell erschienene Sozialbericht Datenreport. https://www.bildungsserver.de/nachricht.html?nachricht_id=1263

Inklusion und digitale Bildung

Der Deutsche Bildungsserver hat

auf seiner Website Informationen zum Thema Inklusion und digitale Bildung zusammengestellt. Dort gibt es eine Übersicht über Initiativen zum Thema und Links zu Open Educational Resources.

www.bildungsserver.de/Inklusion-und-Digitale-Bildung-Behinderter-12816-de.html

Digitale Medien für den Unterricht

Das Portal Eduapps bietet eine Übersicht über rund 400 digitale Lehr- und Lernanwendungen und bewertet sie danach, wie sie in der Schule eingesetzt werden können. Die Apps, Youtube-Kanäle und Anwendungen lassen sich nach Schulform, Fach oder schulischem Anwendungsbereich filtern.

www.eduapps.de

Lehrkräfte brauchen Entlastung

Bei vielen Lehrkräften führt der Schulalltag unter Corona-Bedingungen zu gesundheitlichen Belastungen. Das zeigt die IFT-Studie des Instituts für Therapie- und Gesundheitsforschung im Auftrag der DAK. Jede vierte Lehrkraft zeigt Burn-Out-Symptome. Für die Studie wurden 2300 Lehrkräfte aus NRW befragt.

www.dak.de/presse

Fachkräftemangel hausgemacht

Von den 2,2 Millionen Unternehmen bilden inzwischen nur noch 427.000 aus, das sind gerade mal 19,4 Prozent. Nach dem Nationalen Bildungsbericht für Deutschland gelingt es nur 34 Prozent der Jugendlichen mit einfachem Hauptschulabschluss der schnelle Übergang in eine duale oder vollzeitschulische Ausbildung. Und nach wie vor haben in Deutschland

mehr als 1,5 Millionen junger Menschen zwischen 25 und 34 Jahren keinen Berufsabschluss. Es ist höchste Zeit für die Einführung einer „Ausbildungsgarantie“, wie das Österreich schon länger und erfolgreich praktiziert.

Mentoring Verbesserte Chancen für benachteiligte Jugendliche

Eine Studie des Münchener ifo Instituts zur Wirksamkeit des Programms „Rock Your Life!“ zeigt, dass sich die schulischen Leistungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer signifikant verbessern und dass sie sich auch persönlich stark weiterentwickeln, wenn ihnen das Programm ehrenamtlich engagierte Studierende zur Unterstützung an die Seite stellt.
ifo Institut: Kurzfassung der Studie – www.ifo.de/Publicationen

Infos zu Sozialwohnungen

Pro Jahr werden in der BRD derzeit nur 25 000 Wohnungen fertiggestellt, während gleichzeitig jeweils etwa 60 000 Wohnungen wegen des Auslaufens entsprechender Bindungen ihren Sozialwohnungscharakter verlieren. Die Zahl der Sozialwohnungen wird immer kleiner. Sie liegt derzeit bei 1,1 Millionen, während sie in den 80er Jahren noch bei nahezu drei Millionen lag. Wohnraum ist und bleibt Sorgenkind und Boden ist bekanntlich nicht vermehrbar!

Vertraust du noch oder checkst du schon?

Eine Broschüre mit diesem Titel bietet das Projekt klicksafe an. Darin bietet es Informationen zum Thema „Falschmeldungen und Verschwörungsideologien – was dahintersteckt und wie man sie aufdecken kann“. Die Broschüre steht zum Download bereit, ist aber auch als Printversion erhältlich.

» **klicksafe: Falschmeldungen und Verschwörungsideologien (PDF)** – www.klicksafe.de

Private Bildung im Vormarsch

Die unzureichende Finanzierung des öffentlichen Bildungswesens hat - neben vermeintlich besserer pädagogischer Arbeit - den privaten Einrichtungen einen stetigen Zuwachs beschert.

Im vergangenen Schuljahr zählte das Statistische Bundesamt unter den 40.866 allgemein bildenden und beruflichen Schulen 14 Prozent private Einrichtungen, ein Anstieg seit 1992 um 81 Prozent.

Dazu: Laut einer Studie der

Bertelsmann-Stiftung werden in Deutschland jährlich 879 Mio. Euro in private Nachhilfe investiert. Nahezu 20 Prozent aller Schüler*innen an Gymnasien haben laut der Studie Nachhilfeunterricht.

Gesundheitswesen überholt Industrie

In den kommenden 20 Jahren wird das Gesundheitswesen die am stärksten wachsende Branche in Deutschland sein. Das ist das Ergebnis einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

(IAB). Den Berechnungen zufolge entstehen dort 660 000 neue Arbeitsplätze. Die Branche käme damit auf rund sieben Millionen Beschäftigte. Im verarbeitenden Gewerbe werden im gleichen Zeitraum 1,4 Millionen Stellen wegfallen. Die Industrie käme demnach 2040 insgesamt auf 6,1 Millionen Beschäftigte.

IAB, Januar 2021

Zusammenstellung und Ausführungen
Dieter Staudt

Leserzuschrift

Lieber Dieter,

Ich habe den neuen Insider sofort gelesen und bin sehr angetan von den vielen interessanten aktuellen Artikeln. Besonders freut mich, dass der Stellenwert politischer Bildung in den berufsbildenden Schulen hervorgehoben wird. Der gegenwärtige Rückwärtsgang bezüglich politischer Bildung widerspricht zutiefst den heutigen Anforderungen in der Arbeits- und Lebenswelt, was wir als GEW immer wieder deutlich machen sollten.

Vielen Dank für deine höchst verdienstvolle Arbeit, den Insider zu erstellen, den ich für eine wahre Fundgrube für alle Kolleginnen und Kollegen halte, sowohl für das berufliche wie für das gewerkschaftliche Engagement. Dein Einsatz für die berufliche Bildung verdient große Anerkennung!

Steffi Odenwald, ehemaliges Vorstandsmitglied der Bundes-GEW

Jugendliche für Falschmeldungen sensibilisieren

Die gemeinnützige Organisation „Lie Detectors“ will Kindern und Jugendlichen dabei helfen, manipulative Informationen auf Instagram, Snapchat, Youtube und Whatsapp zu erkennen und einzuschätzen. Hierfür besuchen Journalisten Unterrichtsstunden, in denen sie Jugendliche für Falschmeldungen sensibilisieren.

<https://lie-detectors.org/>

CO₂-AMPEL IM EIGENBAU

Fachoberschüler entwickeln und produzieren ein technisch überlegenes Messgerät Von Jens Etzelsberger



„Respekt, wer's selber macht“. Der Baumarkt- Werbeslogan geht auch problemlos für die Fachoberschüler Klasse 12 des Bereichs Elektrotechnik der Werner-Heisenberg- Schule und ihre Lehrer durch. Die haben es nämlich einfach selber gemacht. Und nicht irgendwas, sondern echte Mangelware.



Eine CO₂-Ampel haben sie entwickelt, programmiert und gebaut und damit nicht nur einen tiefen Zug der Luft echten Berufslebens geschnuppert, sondern auch noch einen nicht unwesentlichen gesellschaftlichen Dienst geleistet. „Der Markt war leer gefegt“, erinnert sich Informatiklehrer Fettah Marankoz an die Situation vor einigen Wochen, als die Schulleitung versucht habe, CO₂-Ampeln für den Unterricht zu kaufen. Zwei, drei Ampeln konnten dann doch für die gesamte Schule beschafft werden, doch die Expertise des Experten fällt wenig schmeichelhaft aus.

„Völlig überteuert“, so seine Einschätzung. Minderwertige Elektronik für maximal 40 Euro und das bei einem Verkaufspreis ab 200 Euro aufwärts. „Das können wir locker selber machen – und besser“, so die Überzeugung von Marankoz. Gesagt, getan. Vier interessierte Schüler für das Projekt waren

schnell gefunden, der Kontakt zu weiteren Lehrern rasch hergestellt. Marankoz war der fächerübergreifende Aspekt des Projekts wichtig. Mit Georg Sohnrey war ein Maschinenbau-Kollege für den 3-D-Druck des Gehäuses mit an Bord, Deutsch- und Politiklehrer Rüdiger Diehl kümmerte sich um

den Aspekt Nachhaltigkeit und Ulrich Wiese mit seiner reichhaltigen Projekterfahrung stand beratend zur Seite. Binnen einer Woche stand das Problemlösungskonzept und die Arbeit konnte beginnen. Eine klassische Ingenieursaufgabe, für ein Alltagsproblem eine technische Lösung

zu finden. Alltagsprobleme bekamen die Schüler auch schnell zu spüren: Lieferschwierigkeiten für hochwertige CO₂-Sensoren. Nach einigen Absagen wurde man schließlich in Österreich fündig. Auch der Rest, Mikrocontroller und frei programmierbarer LED-Leuchtring mit 24 Dioden, konnten beschafft werden. Es wurde konstruiert, programmiert und gelötet. Selbstständig, denn die Schüler sollten nicht nur das tun, was der Lehrer sagt, sondern eigenständig Probleme lösen. Nach 20 Stunden spuckte der 3-D-Drucker das von Thorben Engel konstruierte Gehäuse aus. Ein paar Wochen und viel Programmierarbeit später war der Melder fertig. Grün, orange und rot leuchtet der LED-Kreis, je nach Kohlendioxid-Konzentration im Raum.

Die Vorteile der Eigenentwicklung sind die Unabhängigkeit vom Stromnetz und die Nachhaltigkeit

der Konstruktion. Die Ampel ist mit einer Batterie und einem Solarpanel ausgestattet. Bei guten Lichtverhältnissen sind so netzunabhängige Betriebsdauern von bis zu vier Wochen möglich. Der besondere Clou ist aber, dass die Ampel vielfältig aufrüstbar ist und Grundlage für eine Weiterentwicklung mit weiteren Schülerjahrgängen sein soll. Durch den programmierbaren Mikroprozessor ist der Anschluss eines berührungsempfindlichen Displays ebenso möglich, wie die Anzeige von Innen- und Außentemperatur oder Luftfeuchtigkeit.

Einen Kunden hat Fettah Marankoz für die Ampel schon gefunden. Sein Nachbar, selbst ehemaliger Heisenberg-Schüler und mittlerweile Unternehmer, hätte gerne eine solche Ampel, ergänzt um eine Erweiterung, die



die Kundenzahl in seinem Geschäft zählt und den Zustrom stoppt, wenn die Maximalzahl erreicht und freigibt, wenn wieder Platz ist. Auch für andere Schulen des Kreises könne man die Ampel produzieren, so Marankoz. Der Selbstkostenpreis liege bei etwa 120 Euro.

Quelle: Mainspitze vom 22.12.2020

Zitate der Schüler und des Lehrers

Joshua Gelderblom: Die aktuelle Problematik des Corona-Virus und dessen Auswirkungen haben uns alle getroffen. Deshalb war ich sofort begeistert mit dabei, bei diesem einzigartigen Schülerprojekt mitzuarbeiten. Da ich eine abgeschlossene Ausbildung besitze und Vorerfahrung mit Arduino-Programmierung, habe ich deshalb den Programmcode für die CO₂-Ampel übernommen. Auch die aktive Projektplanung und sukzessive Feedbackrunden, die zum Erfolg dieser Unternehmung beitragen, haben dazu geführt, dass ich erworbenes Wissen vertiefen und auffrischen konnte, was mir beim folgenden Studium nützlich werden wird. Durch das erstklassige Teamplay war das hochwertige Ergebnis die logische Konsequenz. Wir können helfen, dass sich weniger Menschen infizieren.

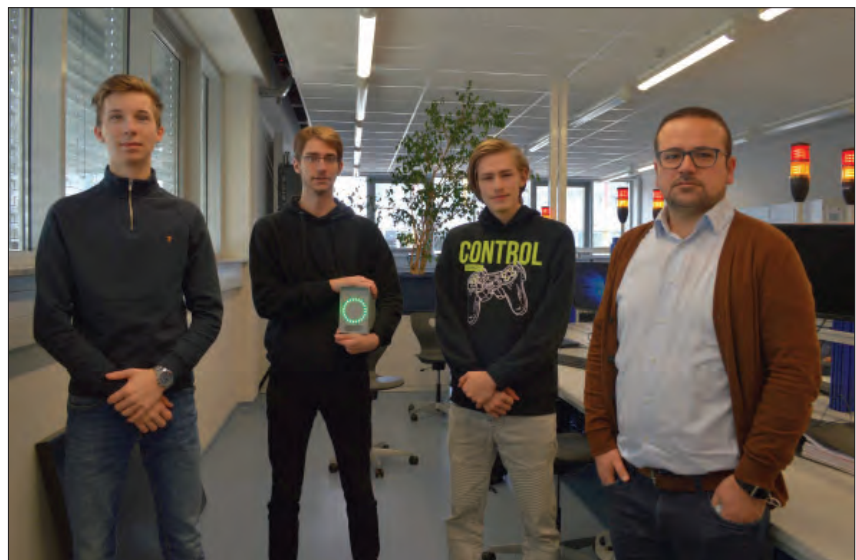
Lars Rüsen: Die Idee, eine CO₂ Ampel zu bauen, ergab sich mitten im Unterricht unseres Elektrotechniklehrers Herr Marankoz. Wir alle wollten unbedingt die Idee des Projektes auch umsetzen. Wir teilten uns in zwei Gruppen auf, die eine entwickelte die eigentliche CO₂ Ampel, die andere begann mit der Programmierung. Wir alle hatten sehr großen Spaß bei der Bearbeitung und durch dieses Projekt sind wir zu einem hervorragenden Team verschmolzen.

Manuel K.: Mit Begeisterung habe ich mich an die geniale Idee einer CO₂-Ampel gewagt. Was wir innerhalb kürzester Zeit auf die Beine gestellt haben, erfüllt mich mit Stolz und Freude. Nicht nur wird so optimiertes Lüften garantiert, sondern ich habe auch noch eine Menge dabei gelernt. Das wird mir für mein zukünftiges Studium und Berufsleben sicher helfen. Ich bin froh, dass wir in der WHS-Rüssels-

heim so praxisorientierte Projekte haben, die an die aktuelle Situation angepasst sind.

Thorben Engel: Aufgrund der aktuellen Pandemie ist das richtige Lüften in geschlossenen Räumen wichtig. Daher war ich begeistert und motiviert, bei dem Projekt mitzuwirken. Zu Beginn habe ich mir Gedanken gemacht, wie die Co₂-Ampel überhaupt aussehen soll und welche Teile verbaut

ich Alltagsgeschehen aufzugreifen und dafür technische Lösungen anzubieten. Die Idee entstand in einem Unterrichtsgespräch, in dem es darum ging, ob wir in der Robotik-AG in der Lage sind, eine alltagstaugliche CO₂-Ampel zu entwickeln. Gesagt getan: Aufgaben wurden verteilt, die Pandemie machte Druck, aber das Produkt sollte realisiert werden. Jeder setzte seine Fertigkeiten ein, u.a. welchen Mikro-Controller brauchen wir, wie



werden sollen. Nachdem der Plan im Kopf war, setzte ich mich an den PC und konstruierte das Gehäuse der Ampel mittels eines CAD-Programms. Durch das Projekt habe ich mich selbstständig in das 3D-Modellzeichnen eingearbeitet und konnte so vieles lernen. Als das 3D-Modell der Ampel fertig war, wurde das Gehäuse anschließend aus Kunststoff 3D-gedruckt. Durch die hervorragende Teamarbeit und Arbeitsaufteilung konnte das Projekt schnellstmöglich realisiert werden.

Fettah Marankoz (Berufsschullehrer Elektrotechnik und Informatik):

Als Informatiklehrer versuche

kommen wir an einen zuverlässigen Sensor, wie soll das Gehäuse aussehen, welche Parametereinstellungen nehmen wir vor, um eine sichere Anzeige zu liefern.

Tag und Nacht war die Bereitschaft der Schüler da, sie waren nicht zu bremsen und so kamen wir Schritt für Schritt dem Endprodukt näher. Die CO₂-Ampel wurde geboren und allein der erste Test zeigte Erfolg. Aktuell ist uns die Aufladung der Batterien über Sonnenenergie wichtig und die Weiterentwicklung der CO₂-Ampel wie z.B. um ein Touchscreen-Display, um die CO₂-Werte anzuzeigen. Mit dem kontinuierlichen Verbesserungsprozess beschäftigen sich zukünftige Generationen.



BILDUNGSGEWERKSCHAFT ZUR „INTEGRIERTEN AUSBILDUNGSBERICHTERSTATTUNG“

PM 16.03.2021

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) macht sich mit Blick auf die heute veröffentlichte „**Integrierte Ausbildungsberichterstattung**“ des Statistischen Bundesamtes für mehr Qualität und Verbindlichkeit in der Berufsausbildung stark. „Die Zahl der **Anfänger in der Berufsausbildung** ist mit knapp 678.000 gegenüber dem Vorjahr um 6,5 Prozent gesunken. Auch im bislang wenig beachteten Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen haben lediglich 175.000 junge Menschen eine vollzeitschulische Ausbildung aufgenommen. Das bedeutet zwar einen Anstieg von knapp 23 Prozent gegenüber 2005, jedoch gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 7 Prozent. Deshalb müssen diese nicht dualen Berufe dringend aufgewertet werden“, sagte Ansgar Klinger, für Berufliche Bildung und Weiterbildung verantwortliches GEW-Vorstandsmitglied, am Dienstag in Frankfurt a.M. Die Zahl der Anfängerinnen und Anfänger in dualen Berufen sei mit 451.000 auch infolge der Corona-Pandemie stark gesunken. Die Politik müsse nun deutliche Anstrengungen unternehmen, die Ausbildung in Deutschland krisenfest zu gestalten. Neben der Verstärkung und Ausweitung des Bundesprogramms „Ausbildungsplätze sichern“, mit dem auch bereits bestehende Ausbildungsverhältnisse unterstützt werden, gehöre hierzu, eine **Ausbildungsgarantie** einzuführen, wie es sie in Österreich bereits seit Jahren gibt.

Klinger betonte, dass die **Abbrecherquote** in der dualen Ausbildung bereits vor der Pandemie bei mehr als 25 Prozent gelegen habe, in einigen Berufen sogar bei über 50 Prozent. „Das sind Fehlentwicklungen, die ein genaues Überprüfen der Ausbildungsqualität erfordern. Diese Zahlen müssen Konsequenzen haben, wenn man die berufliche Bildung stärken will“, unterstrich der GEW-Berufsbildungsexperte. Die Zahl der **Studienanfänger** sei mit 493.000 gegenüber dem Vorjahr um 3,9 Prozent gesunken. Das sei unter anderem auf den unvollständigen Abiturjahrgang 2020 in Niedersachsen wegen der Schulzeitverlängerung zurückzuführen. Dies dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser Sektor mittelfristig am stärksten gewachsen sei: seit 2005 um knapp 35 Prozent. „Das ist kein Beleg dafür, dass berufliche Abschlüsse entwertet werden“, sagte der Gewerkschafter. Diese Entwicklung sei mit dem individuellen Wunsch der Lernenden nach gesellschaftlichem Aufstieg zu erklären. Hier seien vor allem die Arbeitgeber gefordert, klare Beschäftigungs- und Aufstiegsperspektiven für beruflich Qualifizierte zu bieten und die berufliche Ausbildung attraktiver zu gestalten.

„In der Debatte um die Zukunft der Ausbildung dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren, dass mehr als 1,5 Millionen junge Erwachsene zwischen 25 und 34 Jahren **keinen Berufsabschluss** haben – Tendenz steigend. Das ist ein Skandal ersten Ranges. Wir brauchen eine verlässliche Förderung und Begleitung für junge Menschen am Übergang in

den Beruf – und dringender denn je eine **Ausbildungsgarantie**“, betonte Klinger. Die Zahl der jungen Menschen im sogenannten „Übergangsbereich“ sei im vergangenen Jahr mit 4,7 Prozent nur unterdurchschnittlich gesunken und liege bei knapp 238.000. „Junge Menschen mit besonderem Förderbedarf brauchen passgenaue und verlässliche Unterstützung in der zentralen biografischen Phase des Übergangs von der Schule in Ausbildung und Beruf. Dazu müssen Förderinstrumente wie die Assistierte Ausbildung qualitativ gut gestaltet werden“, hob Klinger hervor.

Auch die **Ausbildungsquote junger Geflüchteter** müsse nach ersten Erfolgen weiter verbessert werden. Bei der Bildung und Qualifizierung geflüchteter Jugendlicher und junger Erwachsener sollten nicht nur die Betriebe, sondern auch die berufsbildenden Schulen besser unterstützt werden, sagte Klinger. Ferner sei das Deutschsprachförderkonzept des Bundes dringend nachzubessern.

Info:

Die „Integrierte Ausbildungsberichterstattung“ informiert für die Bundes- und die Länderebene über die Zahl der Anfängerinnen und Anfänger in den „Sektoren“ der Berufsausbildung, im sogenannten Übergangsbereich sowie über den Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung und das Studium.

IT-ADMINISTRATION PERSONELL SICHERN

Die Bundesregierung legte mit 500 Mio. Euro ein Sonderprogramm zur IT-Administration auf. Ein entscheidendes Problem dabei ist, dass die dafür notwendigen dual ausgebildeten Fachkräfte fehlen.

Um den kurz- bis mittelfristigen Bedarf zu decken, könnten Absolvent*innen der zweijährigen, auf dem Mittleren Bildungsabschluss aufbauenden, vollschulischen Ausbildung in der Höheren Berufsfachschule für Informationsverarbeitung (HBFS) eingestellt werden. Die für die Administration an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen notwendigen Kompetenzen werden in der Höheren Berufsfachschule vermittelt. Die Absolvent*innen der HBFS würden sofort zur Verfügung stehen, da sie derzeit auf dem allgemeinen

Arbeitsmarkt aufgrund der Verweigerung der Arbeitgeber kaum eingestellt werden und sie deshalb in der Regel in eine zusätzliche duale Ausbildung münden oder in der Fachoberschule eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben. Zur Steigerung der Attraktivität könnte ihnen bei Nachfrage eine berufsbegleitende verkürzte Ausbildung zu Fachinformatiker*innen, der begleitende Erwerb der Fachhochschulreife oder ein duales Studium angeboten werden. Hierdurch könnte in überschaubarer Zeit ein Personalstamm mit unterschiedlich ausgeprägter Qualifikation geschaffen und somit dem absehbaren Mangel an geeigneten Fachkräften schnell entgegengesteuert werden.

Aufgrund der in der HBFS erworbenen Kompetenzen sind diese



Absolvent*innen auf jeden Fall in der Lage, nach einer kurzen Einarbeitungszeit die Aufgaben von IT-Administrator*innen an Schulen qualifiziert zu übernehmen.

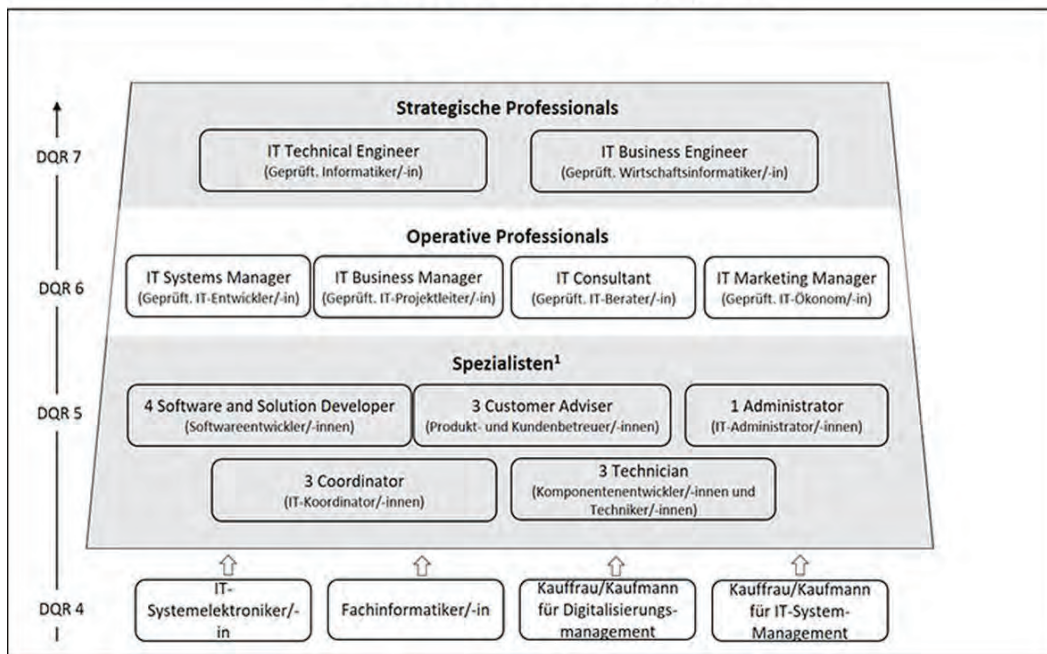
Beschluss des Landesvorstandes der GEW Hessen am 25.02.2021

Nachdem die GEW Hessen diesen Vorschlag an den Hess. Landkreistag und Hess. Städtetag gesendet hatte, kam diese Antwort:

Vielen Dank für Ihre Mail und die Information zum Vorschlag des GEW Landesvorstandes.

Wir beziehen die Idee einer Einstellung von Absolventinnen und Absolventen der Höheren Berufsfachschulen zur Gewinnung von zusätzlichem Personal für die IT-Systemadministration gerne in die Beratung des Gesamtproblembeereichs im Rahmen der nächsten Sitzung des HLT-Schul- und Kulturausschusses ein.

Aufbau des IT-Weiterbildungssystems



¹ Für die IT-Spezialisten gibt es fünf Profilgruppen, denen sich insgesamt 14 verschiedene Spezialistenprofile zuordnen lassen. Die Zahl steht für die Anzahl der Profile in der jeweiligen Profilgruppe.

Quelle: Winkler 2020, S. 139

Leider (oder beabsichtigt?) kommen in diesem Schaubild die vollschulischen zweijährigen Ausbildungen für Informationsverarbeitung nicht vor. Warum wohl??? (DS)

Hessischer Landkreistag
5. März 2021

Haupthema waren die sich ständig ändernden Corona-Maßnahmen. Hier konnte der HPRLL nur im Nachgang seine Kritik vorbringen in der Hoffnung, dass bei einer neuerlichen Änderung der Vorgaben diese Kritik berücksichtigt wird. Dies ist dann auch des Öfteren gelungen. Umsichtige Schulleitungen zeigen, wie es geht, Personalräte auch in Coronazeiten in Entscheidungsprozesse einzubinden.

Das auf und zu Corona Chaos

Schon seit einem Jahr fordern GEW und HPRLL einen Stufenplan und ein längerfristiges Modell des Wechselunterrichts. Hierdurch hätten die Schulen Planungssicherheit gehabt, Hygieneregeln wären umsetzbar gewesen und alle Schüler:innen wären erreicht worden. Stattdessen setzte die Landesregierung auf kurzfristige Maßnahmen ohne Gremienbeteiligung.

Während seit Dezember ein nicht unbeträchtlicher Teil der Schüler:innen an Berufsbildenden Schulen vollständig auf Distanz beschult wurde und die Schule bis zu den Osterferien nicht mehr betreten hatte, mussten die präsenzpflichtigen Abschlussklassen geteilt werden und über den Flur von einer Lehrkraft in zwei Räumen unterrichtet werden. Den Vogel schoss dann der Minister ab, als er bei steigenden Inzidenzzahlen erlasslich regeln wollte, dass in den letzten beiden Wochen vor den Osterferien alle Schüler:innen wieder an die Schulen kommen sollten. Aufgrund des öffentlichen

Drucks wegen exponentiell steigender Inzidenzen und des HPRLL wegen der immensen Probleme bei der Umsetzung an Schulen und des nicht möglichen Gesundheitsschutzes musste der Minister den Erlass wieder zurückziehen.

Praktika in Corona Zeiten

In vielen Schulformen der Berufsbildenden Schulen sind betriebliche Praktika verbindlich vorgeschrieben. Die FOS 11 fordert 800 Praktikumsstunden zur Versetzung in die 12. Der HPRLL hatte das Ministerium schon im Herbst darauf hingewiesen, dass coronabedingt viele Schüler:innen Schwierigkeiten bekommen würden, die vorgeschriebenen betrieblichen Praktikazeiten einzuhalten. Der HPRLL forderte deshalb, dass entweder der Praktikanachweis für dieses Jahr ausgesetzt oder die Möglichkeit geschaffen wird, die Praktika an der Schule durchzuführen und zusätzliche Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Zu Beginn des Jahres hat dann das HKM für einzelne Schulformen die Praktika nicht mehr für verbindlich erklärt, für die FOS 11 die verpflichtenden Stunden von 800 auf 600 reduziert und Möglichkeiten und Mittel für schulische Praktika in der FOS 11 erlasslich geregelt. Der HPRLL begrüßte dies, kritisierte aber die viel zu bürokratischen Vorgaben. Der HPRLL forderte darüber hinaus, auch für das Schuljahr 21/22 schulische Praktika zu ermöglichen, da davon auszugehen ist, dass auch das nächste Schuljahr nicht ‚normal‘ verläuft und die Betriebe dieses Jahr zurückhaltender seien bei Praktikazusagen.

Kurz vor den Osterferien wurden die 800 Stunden in der FOS 11 auf 500 reduziert und für weitere Schulformen neue Regelungen zu den Praktika erlassen. Nach den bisherigen Erfahrungen wird es nach den Osterferien weitere Änderungen geben. Die aktuellen Vorgaben werden den Schulleitungen vorliegen und können dort eingesehen werden.

Impfangebot für alle Lehrkräfte

Schon in ihrer Pressemitteilung zur Entscheidung, dass Beschäftigte in Kita, Grund- und Förderschulen ein prioritäres Impfangebot erhalten, hatte die GEW-Bundevorsitzende Marlis Tepe dies zum einen begrüßt, aber zum anderen auch darauf hingewiesen, dass das Impfangebot auf Lehrkräfte in allen Schulformen ausgeweitet werden müsse. Der HPRLL hat diese Forderung gegenüber dem Ministerium vorgetragen. Mit Erlass vom 31.3.21 wurde diese Forderung der GEW und des HPRLL mindestens auf dem Papier erfüllt. Wann die Impftermine dann kommen und wann alle an Schule tätigen Impfwilligen geimpft sind, ist jedoch nicht abzusehen.

Leihgeräte für alle Lehrkräfte

Seit Jahrzehnten fordern GEW und auch der HPRLL dienstliche Endgeräte und dienstliche Emailadressen. Da muss zuerst eine Pandemie in dem Ausmaß von Corona kommen, dass sich Politik und öffentliche Arbeitgeber dieser Forderung annehmen. Dienstliche Emailadressen, die dem Datenschutz genügen, wurden eingerichtet. Eine

verpflichtende Nutzung wurde wegen noch fehlender dienstlicher Endgeräte auf den 1.8.21 verschoben. Durch den Digitalpakt sollen jetzt mobile Endgeräte allen Lehrkräften zur Verfügung gestellt werden. Diese sind aber nur Leihgeräte zum Einsatz im pandemiebedingten Distanz- oder Wechselunterricht und dürfen nur vom Land festgelegte Spezifikationen aufweisen. Das hilft nicht wirklich!

Das Ministerium erklärte, dass es an einem Konzept für die dauerhafte zur Verfügungstellung digitaler Endgeräte für alle Beschäftigten an Schulen arbeite????

IT-Administration

Dienstliche Endgeräte reichen nicht aus, sie müssen auch administriert werden. Auch hier brauchte es Corona, damit was passiert. Die Bundesregierung stellt 500 Mio. € für die IT-Administration bereit, für Hessen sind dies rund 50 Mio. € Auch hier liegt das Problem im Detail. Die Administration ist aktuell notwendig und nicht, wenn in vielleicht einigen Monaten der Schulträger die notwendigen Fachkräfte gefunden hat. Darüber hinaus sind die Mittel zeitlich befristet auf drei Jahre und es ist völlig unklar, wie es danach weiter geht (Siehe hierzu der Beschluss der GEW -Hessen auf Seite 9).

Datenschutz MS Teams

Schon vor Corona hatte der Hessische Datenschutzbeauftragte (HBDI) Office 365 als nicht datenschutzkonform kritisiert und die Nutzung von Office 365 nur vorübergehend geduldet. In anderen Bundesländern wurde die Nutzung an

Schulen untersagt. Während Corona duldete der HBDI alle gängigen Videokonferenzsysteme (VKS) bis zum 31.7.21 und forderte das HKM auf, den hessischen Schulen bis zum 31.7.21 ein landeseinheitliches, datenschutzkonformes VKS zur Verfügung zu stellen. Eine Verlängerung der Duldung von MS Teams werde es nicht geben.

Schulportal Hessen

Das HKM arbeitet an der Weiterentwicklung des Schulportals. Gleichzeitig wird es schon von vielen genutzt, obwohl die Überprüfung des Datenschutzes durch den HBDI und ein Beteiligungsverfahren des HPRLI noch ausstehen. In dem Schulportal sollen neben der pädagogischen Unterstützung des Unterrichts auch Schulverwaltungstätigkeiten (z.B. Klassenbuch) möglich sein, ein Videokonferenzsystem soll integriert sein und die Möglichkeit des Abrufs der dienstlichen E-Mails. Der Vorteil des Arbeitens mit dem Schulportal wäre nach Überprüfung durch den HBDI, dass die Verantwortung für Datensicherheit und Datenschutz dann beim Arbeitgeber läge und nicht mehr bei den Beschäftigten. Rückmeldungen von Nutzern weisen darauf hin, dass das Schulportal nicht ein Allheilmittel werden wird, sondern nur ein weiteres Medium zur Unterstützung der Arbeit von pädagogischen Fachkräften an Schulen. Pädagogische Prozesse könnten nur digital unterstützt werden und nicht vollständig



digitalisiert werden. Verwaltungstätigkeiten könnten aber durch digitale Werkzeuge durchaus effektiviert werden; dazu müssten aber die technischen Voraussetzungen für alle Kolleg*innen gegeben sein. Dort, wo das WLAN funktioniert, empfinden Kolleg:innen nach einer gewissen Einarbeitungszeit das Arbeiten mit dem Schulportal als Erleichterung. Für eine fundierte Erörterung des Schulportals ist der HPRLI auch auf Rückmeldungen von Kolleg:innen angewiesen und erbittet dies an r.becker.gew@gmx.de. In der nächsten Ausgabe dieser Zeitschrift wollen wir darüber hinaus Erfahrungsberichte zum Arbeiten mit dem Schulportal zusammenstellen.

E-Learning zur Korruptionsbekämpfung

Als hätten Lehrkräfte im Moment noch nicht genug zu tun, sollen sie jetzt noch bis zu den Sommerferien an einem verpflichtenden E-Learning-Kurs zum Thema „Korruptionsbekämpfung“ teilnehmen. Für die Teilnahme werden – ohne Vorbereitung – 70 Minuten angesetzt, am Ende der Präsentation müssen Fragen beantwortet werden. Für die Teilnahme wird ein Zertifikat erteilt, das zur Personalakte genommen wird. Auch wenn dem HPRLI die Probleme von Korruption und Lobbyistentätigkeit auch und gerade in der Corona-Pandemie sehr präsent sind, ist der Schulbereich im Gegensatz zur CDU hier bisher nicht aufgefallen. Der HPRLI hat deshalb vehement widersprochen und deutlich gemacht, welchen Ärger diese weitere zusätzliche Belastung auslöst. Der HPRLI hat das Thema auf die Tagesordnung der Sitzung nach den Osterferien gesetzt.

Ralf Becker

Der Bildungsforscher Manfred Prenzel sieht ein Schnittstellenproblem zwischen erster und zweiter Phase in der Lehrerbildung. Er hält es für wichtig, dass die wissenschaftliche und die praktische Ausbildung stärker miteinander verzahnt werden. Im Interview mit dem Schulportal (Frau Anette Kuhn) erklärt er, wie ein solches Modell aussehen könnte und warum es hilft, dem Lehrermangel zu begegnen und die Schulentwicklung voranzubringen.

IST DIE TRENNUNG VON STUDIUM UND REFERENDARIAT SINNVOLL?

Deutsches Schulportal: Als die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ von Bund und Ländern 2015 startete, diagnostizierten Sie ein „Schnittstellenproblem“ zwischen erster und zweiter Phase in der Lehrerbildung.

Wie zeigt sich das?

Manfred Prenzel: Die Hochschulen geben die Studierenden ab, die Studienseminare nehmen sie auf. Die Frage dabei ist, inwieweit es eine Abstimmung zwischen diesen beiden Institutionen gibt und welche Ziele die jeweiligen Einrichtungen verfolgen. Tatsächlich findet nur wenig Dialog zu inhaltlichen Themen statt, also zum Beispiel dazu, welche Kompetenzen die Hochschulen und welche die Studienseminare aufbauen, wie weit sich die zweite Phase an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren sollte und die Hochschule an Praxisanforderungen. Diese Passungsprobleme bleiben ungeklärt. Und sie führen dazu, dass jede Einrichtung ihre eigene Logik hat.

Wie sieht denn eine optimale Verzahnung zwischen Studium und Referendariat aus?

Aus meiner Sicht wäre eine gemeinsame Verantwortung für die gesamte Lehrerbildung eine sinnvolle Konstruktion. Sie ist allerdings noch eine Wunschvorstellung. Beide Einrichtungen – die Hochschulen und die Studienseminare –

könnten unter einem gemeinsamen Dach die wissenschaftliche und praktische Ausbildung von Anfang an miteinander verzahnen.

Erste Versuche der Verzahnung gibt es bereits. Um dem großen Lehrkräftemangel besonders an den beruflichen Schulen zu begegnen, wurde im Rahmen der Qualitätsoffensive ein professionsbezogener Masterstudiengang als Modell eingerichtet, bei dem beide Einrichtungen beteiligt sind.

Wie sieht dieser Masterstudiengang konkret aus?

Solch einen Studiengang gibt es zum Beispiel an der TU München für den Bereich berufliche Bildung. Dort werden Absolventinnen und Absolventen mit einem Bachelor zum Beispiel aus dem Bereich Ingenieurwissenschaften aufgenommen. Diese kommen dann in ein dreijähriges Masterstudium, in dem auch das Referendariat inkludiert ist. Durch ihren Bachelor bringen sie die nötige Fachlichkeit mit. Im Master lernen sie dann die Fachdidaktik, entwickeln pädagogisch-psychologische Kompetenzen und sammeln parallel und gut begleitet Praxiserfahrungen.

Könnte so ein Studiengang für die Lehrerbildung insgesamt ein Modell sein?

Ich denke schon, dass man das ein Stück weit generalisieren kann. Man könnte mehr Absolventinnen und Absolventen mit einem passenden Bachelorabschluss für ein Masterstudium gewinnen, das bereits in den Beruf einmündet. Das Problem ist, dass in Deutschland das Dogma herrscht, Lehrkräfte bräuchten mindestens zwei Fächer. Einen Bachelorabschluss über zwei Fächer haben außerhalb der Lehrerbildung allerdings nur wenige.

Halten Sie die zweiphasige Lehrerbildung, also die Trennung von Studium und Referendariat überhaupt für sinnvoll?

Eigentlich sind es ja drei Phasen, die in den Blick genommen werden sollten. Die initiale Lehrerbildung, die die erste und zweite Phase umfasst, schafft die Basis, die über die weitere Berufsbiografie in der dritten Phase ausgebaut werden sollte. Auch da wäre es wichtig, dass ein Anschluss erfolgt und eine Zusammenarbeit mit den Hochschulen stattfindet, um den aktuellen Erkenntnisstand einzubeziehen.

Aber bleiben wir bei den ersten zwei Phasen. Da frage ich mich schon: Ist die zweiphasige Ausbildung noch zeitgemäß? Und wird sie nicht durch den eklatanten Lehrermangel in vielen Bundesländern ausgehöhlt und umgangen? Es lohnt sich, über andere Modelle

nachzudenken, die eine synergetische Zusammenarbeit zwischen erster und zweiter Phase ermöglichen.

In meiner Wahrnehmung gibt es aber keine wirkliche Bereitschaft, die Zweiphasigkeit in der Ausbildung aufzugeben. Sie hat in Deutschland eine lange Tradition, und die einstellenden Behörden werden es sich nicht nehmen lassen, über die Aufnahme und die Qualifikation der Lehrerinnen und Lehrer zu entscheiden. Daher sollten wir uns zunächst eher auf die stärkere Verzahnung und eine bessere Abstimmung konzentrieren. Auch hier gibt es ja schon im Rahmen der Qualitätsoffensive gute Beispiele. Die Zusammenarbeit zwischen Studienseminaren und den Schulen, an denen Studierende ein Praktikum absolvieren, ist enger.

Wie weit ist diese Verzahnung schon entwickelt?

Manche Bundesländer haben schon im Studium ein Praxissemester eingeführt. Das ist ein erster systematischer Schritt zur Anbahnung einer Kooperation zwischen Hochschulen und Schulen. Aber wie gut das läuft, ist abhängig davon, wie die lokalen Partner zusammenspielen: also die jeweilige Hochschule, die Schulämter und die Studienseminare.

Welche Gefahren sehen Sie, wenn die Verzahnung zwischen erster und zweiter Phase nicht stattfindet?

Im Vergleich zu anderen Ländern investieren wir viel Zeit in die Lehrerbildung. Das hängt auch mit der Polyvalenz zusammen, die gewährleisten soll, dass Studierende im Studium möglichst breit anschlussfähig sind. Das heißt aber auch, dass sie im Studium vieles lernen, was sie möglicherweise in der Schule nicht brauchen. Auf der anderen Seite ist das Referen-

dariat notwendig ein Stück abgekoppelt vom wissenschaftlichen Erkenntnisstand, denn in den Studienseminaren arbeiten keine Forscherinnen und Forscher. Dadurch besteht die Gefahr, dass die Referendarinnen und Referendare mit ihren Vorstellungen oft ausgebremst werden.

Sie kommen mit aktuellem, empirisch geprüfem Wissen über mehr oder weniger wirksame Unterrichtsmethoden und Unterrichtskonzepte aus dem Studium, das dann im Alltag des Referendariats wenig gefragt ist. Dieser Bruch ist nicht nur unnötig, sondern er trägt auch dazu bei, dass die Hochschulen über die Referendarinnen und Referendare

Das Deutsche Schulportal

„Für mehr gute Schulen“ – das ist das Motto des *Deutschen Schulportals*: Die Onlineplattform ist ein Fachmedium für alle, die sich für Schul- und Unterrichtsentwicklung interessieren. Das *Schulportal* stellt erfolgreiche Konzepte aus der Schulpraxis vor und bietet aktuelle Informationen und Beiträge rund um die Themen der schulischen Bildung. www.deutsches-schulportal.de

nicht so viele Impulse zur Weiterentwicklung in die Schulen geben können, wie sie es in einer anderen Struktur vermutlich könnten.

Auch Referendarinnen und Referendare beklagen oft, dass sie nur wenig von dem einbringen können, was sie im Studium gelernt haben. Zum anderen erleben sie auch, dass das Studienseminar und die Arbeit in der Schule wenig miteinander zu tun haben. Müsste auch hier mehr Abstimmung stattfinden?

Wenn die Studienseminare wenig

mit den Schulen zusammenarbeiten, dann geraten dort die jungen Kolleginnen und Kollegen eher in Konflikte, weil sie es mit Blick auf ihre Beurteilung verschiedenen Leuten recht machen müssen. Wenn also Schule und Studienseminar nicht auf einer Linie sind, wird es schwierig.

Wichtig ist außerdem, dass die angehenden Lehrkräfte in der Schule gut aufgenommen werden. Sie brauchen einerseits Raum, den sie produktiv nutzen und in dem sie sich entwickeln können. Andererseits ist eine starke Einbindung ins Kollegium wichtig, zum Beispiel auch über ein Mentorensystem. Die Referendarinnen und Referendare können das Kollegium zum Beispiel im Umgang mit digitalen Tools unterstützen. Die Lehrkräfte im Kollegium wiederum vermitteln die Routinen der Schule. So kann ein gutes gemeinsames Arbeiten gelingen.

Die Corona-Krise hat viele Defizite in den Schulen aufgezeigt, insbesondere was die Digitalkompetenzen der Lehrkräfte angeht. Sind die Studierenden und die Referendarinnen und Referendare da besser aufgestellt?

Aus meiner Sicht sind Lehramtsstudierende heute schon relativ gut mit digitalen Grundkompetenzen ausgestattet. Die Kohorte der jetzigen Absolventinnen und Absolventen ist auf jeden Fall deutlich weiter als die meisten Lehrkräfte an den Schulen. Aber sicher müssen wir da noch mehr an den Universitäten tun, um eine digitale Souveränität in der Lehrerbildung zu erreichen.

Das Interview ist am 26. November 2020 auf dem Deutschen Schulportal erschienen (mit Link: <https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/bildungsforscher-manfred-prenzel-ist-die-trennung-von-studium-und-referendariat-sinnvoll/>).

Joachim Euler, langjähriger Leiter des Studienseminars an beruflichen Schulen in Frankfurt und des Referats Aus- und Fortbildung der GEW Hessen teilte mir in einem persönlichen Brief seine Einschätzung der Aussagen von Prof. Prenzel mit. Mit seiner Erlaubnis veröffentlichen wir diese Bemerkungen anstelle eines Kommentars (DS)

Lieber Dieter,
Was Prenzel schreibt, ist weder neu noch weiterführend. In meiner dir auch zugesandten **Expertise** vom November 2016 ist dies alles - auch mit den genannten Schwierigkeiten - ausführlich dargelegt, zudem mit Finanzierung, Organisation etc. konkret und präzise unterlegt. Darüber hinaus, und das war mir besonders wichtig, habe ich den Blick auf die Fortbildung gelenkt, meines Erachtens der entscheidende Bereich, wo personelle Weiterentwicklung stattfinden muss. Prenzel bleibt in seiner 1./2. Phase eingekastelt. Wie will er die benannten Probleme konkret lösen? Nirwana. Wenn er das Praxissemester als einen Reformschritt nennt, na ja, es ist ein Toppelschritt. Nicht mehr und nicht weniger.

Wenn man also einen Reformsprung wagen will, dann bedarf es ganz anderer politischer Kräfte. Die wollen

nichts. Macht viel Arbeit, bringt aber keine Meriten. Also lässt man es so, wie es ist. Reform der Lehrkräftebildung interessiert eh niemanden in der Öffentlichkeit, außer Wissenschaftsjournalisten alle paar Jahre im Feuilleton oder in den Bildungsseiten. Vergessen habe ich noch - wie auch Prenzels Beitrag - wirkungslose Fachaufsätze über ein paar Seiten, die sich grundsätzlich seit Jahrzehnten stets wiederholen, im Prinzip aktualisierter Füllsel sind.

Eine grundlegende Änderung ist wegen Corona denkbar, weil Geld fehlt, und der aufgeblähte Apparat viel Geld kostet und wenig Effizienz hervorbringt. Änderungen werden dadurch möglich. In dieser Corona-Krise zeigt sich auch, was Lehrkräfte (und Schule) zu „leisten“ imstande waren, dies seit zehn Monaten. Die Ausbildung hat dazu wenig beigetragen. Kommentar überflüssig.

Es grüßt dich Joachim.

Die erwähnte 125 Seiten starke Expertise vom Nov. 2016 kann bei der Redaktion abgerufen werden. Wir dokumentieren daraus:

DIE ZWÖLF GRUNDLEGENDEN ZIELE DER NEUORDNUNG DER LEHRKRÄFTEBILDUNG IN HESSEN

- ① Das Gesamtsystem der Ausbildung und der Fortbildung von Lehrkräften wird grundlegend neu geordnet. Die neue Lehrkräftebildung orientiert sich umfassend an den Schülerinnen und Schülern und an der selbstständigen eigenverantwortlichen Schule.
- ② Die Lehrkräfteausbildung (LAB) erfolgt im Studium mit Praxissemester und im Praxisjahr.
- ③ Das Lehramtsstudium mit Praxissemester dauert für alle Lehrämter zehn Semester und schließt mit dem Master ab (Master of Education, M.Ed.).
- ④ Im Masterstudiengang wird mit dem Praxissemester das Ziel

verfolgt, Schul- und Unterrichtserfahrungen zu gewinnen und zu reflektieren. Dem Praxissemester ist im Bachelorstudiengang eine individuelle Eignungsfeststellung hinsichtlich der Studierfähigkeit vorgeschaltet.

- ⑤ Das Praxisjahr folgt nach dem Masterabschluss (M.Ed.). Die staatliche Anerkennung wird aufgrund eines erfolgreichen Kolloquiums erworben.

- ⑥ Die Lehrkräfte im Praxisjahr (LiP) können grundsätzlich nach der staatlichen Anerkennung an der selbstständigen eigenverantwortlichen

chen Schule eingestellt werden.

- ⑦ Die neuen Lehrkräfte in der zweijährigen Berufseingangsphase an der selbstständigen eigenverantwortlichen Schule unterrichten mit reduziertem Unterrichtsdeputat bei reduzierter Bezahlung.

- ⑧ Für jede Lehrkraft ist die Fortbildung selbstverpflichtend. Die Lehrkraft hat prinzipiell ein Recht darauf. Die Lehrkräftefortbildung (LFB) dient vorrangig den einzelnen Lehrerinnen und Lehrern und der selbstständigen eigenverantwortlichen Schule. Sie kann von allen Lehrkräften wahrgenommen

werden. Zuständig sind vor allem die Hessische Lehrkräfteakademie (LA) und die Universitäten, auch die Staatlichen Schulämter. Die Hessische Lehrkräfteakademie (LA) ist gegliedert in regionale Kompetenzzentren und in ein Fortbildungsinstitut/-kolleg.

⑨ Die Studienseminare werden unter neuer Firmierung zu Außenstellen der Zentren für Lehrkräftebildung (ZfL). Ihre neue Aufgabe ist vor allem die Beratung (und Betreuung) der Lehrkräfte im Praxisjahr (LiP). Sie sind außerdem für die Ausbildung in all den Fällen zuständig, in denen kein Lehramts-

studium absolviert wurde, zum Beispiel Fachlehrkräfteausbildung oder Quereinstieg. Auch für die Lehrkräftefortbildung (LFB) sind sie zuständig.

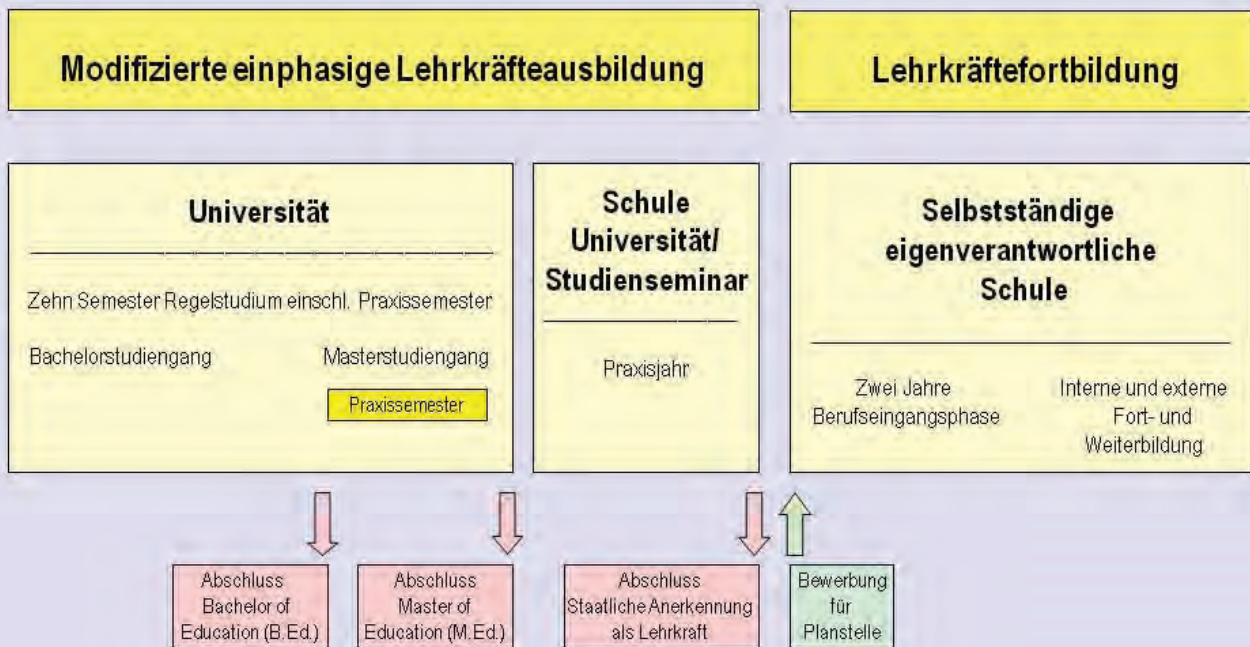
⑩ Die hauptamtlichen Ausbilderinnen und Ausbilder an den Studienseminaren werden Leiterinnen und Leiter für Lehrkräftebildung an den Zentren für Lehrkräftebildung (ZfL). Ihre Funktionen werden umgewidmet. Mit dem neuen Status werden neue Tätigkeitsbereiche in der Lehrkräftebildung bestimmt.

⑪ Das Referendariat entfällt.

⑫ Das Kultusministerium und das Ministerium für Wissenschaft und Kunst werden in einem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kunst zusammengelegt.

Die Gesamtkonzeption wurde 2014 begonnen und im November 2016 mit einer Expertise abgeschlossen. Diese enthält auch im Detail konkrete rechtliche Regelungen, die neue Organisation und Struktur, Finanzierungsvorschläge sowie mehrere Schaubilder. Auch 7 Jahre danach erscheinen Änderungen im Prinzip nicht erforderlich. (JE)

Neuordnung der Lehrkräftebildung in Hessen



Über kurz oder lang kann das nimmer länger so weitergehen, außer es dauert noch länger, dann kann man nur sagen, es braucht halt alles seine Zeit, und Zeit wär's, dass es bald anders wird
(Karl Valentin)

neue Publikationen

Wolfgang Schorlau
Kreuzberg Blues



Schorlau hat aus der aktuellen Debatte um bezahlbaren Wohnraum einen packenden Roman gebastelt, ein Musterbeispiel für einen hochaktuellen Polit-Thriller, der gesellschaftliche Missstände aufgreift und Stellung bezieht. Er geht der Frage nach, warum Menschen rücksichtslos Mieter ausbeuten, warum sie für Geld alles tun und Moral für sie ein Fremdwort ist. Im Mittelpunkt des Romans steht der Privatermittler Dengler, der klären soll, ob in Berlin ein berüchtigter Immobilienmogul seine Mieter mit kriminellen Methoden rausekelt. Doch schon bald wird klar, dass der Wohnungsmarkt völlig aus den Fugen geraten ist, skrupellose Investoren und raffgierige Bauunternehmer ihre Renditen auf Kosten der Mieter unglaublich steigern. Und die Politik spielte mit (Sarrazin).
ISBN 978-3-462-00079-5

Wolf Lotter
Zusammenhänge
Wie wir lernen, die Welt wieder zu verstehen

In einer immer komplexer werdenden Welt durchschauen – so die These – immer weniger Menschen, wie die komplizierten Netzwerke der Technik, der Ökonomie und des Klimas, der Zivilgesellschaft, der Kultur oder einer zeitgemäßen Bildung funktionieren. Wolf Lotter ermutigt zu einem neuen Selbstbewusstsein – allerdings auf der Basis eines konsequenten Umdenkens, weg vom blinden

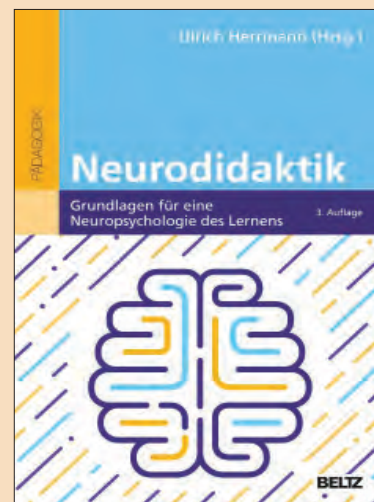


Glauben an Expert*innen und hin zu mehr eigenem Wissen und zum Wieder-Lernen, Komplexität zu erschließen und Zusammenhänge herzustellen. Welches Wissen man wann braucht, zeigt sich eben erst: in Zusammenhängen.

ISBN 978-3-89584-281-7

Ulrich Herrmann (Hrsg.)
Neurodidaktik
Grundlagen für eine Neuropsychologie des Lernens

Für eine Umstrukturierung des schulischen Lehrens und Lernens muss die herkömmliche Betriebsförmigkeit von Schule und



Unterricht aufgegeben werden: individuelle Lernstände erheben und Lernberatung ermöglichen erfordert Zeitfenster, die der übliche Schulvormittag nicht enthalten kann; fächerverbindender und –übergreifender (Projekt-) Unterricht sprengt die Grenzen der Schulfächer; mit der Individualisierung des Lernens muss man sich von der illusionären Vorstellung der synchronen Gleichschrittigkeit von Lernprozessen sowie der identischen Bedeutung des generierten Wissens bei Schüler*innen verabschieden. Die Hirnforschung liefert der Schulpädagogik wichtige Impulse für ein gehirngerechtes Lernen und Lehren, so der Verfasser.
ISBN 978-3-407-25878-6

WIE FINDEN JUGENDLICHE IHREN AUSBILDUNGSBERUF?

Aktuelle Jugendstudien mit Fokus auf die Berufswahl.

Junge Menschen für eine Ausbildung im Betrieb zu gewinnen ist mit Corona noch schwieriger geworden als zuvor. Welche Einstellungen die Jugendlichen mitbringen, und wie sich daraus die Entscheidung für eine Ausbildung im Betrieb entwickelt, versuchen die aktuellen Jugendstudien von Shell, Sinus und Mc Donalds heraus zu arbeiten. Einen Überblick, welche Kompromisse Jugendliche dabei bei der Berufswahl eingehen, verschafft das IAB.

Beim Online-Fachjournal für alle an der Berufs- und Wirtschaftspädagogik Interessierten, @bwp, ist eine Rezension zu vier aktuellen Jugendstudien erschienen. Das IAB hat ergänzend dazu einen Artikel zur Kompromissbereitschaft bei Jugendlichen veröffentlicht. In der Zusammenfassung der Jugendstudien, die bei @bwp erschienen ist, fasst der Autor die wichtigsten Ergebnisse der Studien zur Berufswahl bei Jugendlichen zusammen. Er blickt dabei in die Schwerpunkte der Jugendstudien zum Übergang zwischen Schule und Beruf. Insbesondere die drei Studien:

- 18. Shell Jugendstudie, Jugend 2019;
- Wie ticken Jugendliche? 2020 (Sinus);

haben ihren Schwerpunkt auf den Übergang zwischen Schule und Beruf gelegt. Wer sich einen schnellen Überblick über den aktuellen Forschungsstand zu den Einsichten der Jugendforschung über die Berufswahlentscheidungen von Jugendlichen machen möchte, bekommt in der Rezension einen schnellen Überblick.

deckten Lücken in der Forschung und weist darauf hin, dass die Studien davon ausgehen, dass es bei den Jugendlichen einen rationalen Prozess der Berufswahl gibt. Dies sieht er kritisch. Aus der Sicht des Autors sind Praktika und andere Formen der eigenen Erfahrung extrem wichtig, um den Jugendlichen die Berufswahl zu ermöglichen.

Eine der in der Zusammenfassung aufgezeigten Lücken wird in einem Artikel aus dem IAB-Forum über die Kompromisse, die Jugendliche bei der Berufswahl eingehen, näher betrachtet.

Die Studie beschreibt in diesem Zusammenhang noch einmal näher, warum es wie in den Jugendstudien angesprochen so wichtig ist, die Jugendlichen frühzeitig bei der Suche nach Ausbildungsplätzen zu unterstützen. Der als Berufsziel in der Schule gefasste Ausbildungsberuf ist für die spätere Berufswahl prägend, und die Jugendlichen bemühen sich, so wenige Kompromisse wie nur möglich bei der Auswahl ihres Ausbildungsberufes eingehen zu müssen. Aber den Jugendlichen ist auch klar: „Nicht alle Wünsche werden wahr“.



- McDonalds Ausbildungsstudie 2019;

Am Ende der Rezension beschreibt Schier die von ihm ent-

IGMetall WAP 24.02.2021

Links zu den Studien:

Schier, F. (2021): bwp@-Sammelrezension zu „Jugend und Beruf“. Aktuelle Jugendstudien im berufsbezogenen Fokus(2019 und 2020),1-13. Online:

https://www.bwpat.de/rezensionen/rezension_01-2021_jugendstudien.pdf(24.01.2021).

Ahrens, Lea ; Kleinert , Corinna ; Fischer , Melanie; Schels, Brigitte (2021): Nicht alle Wünsche werden wahr: Welche Kompromisse Jugendliche beim Ausbildungsberuf eingehen, In: IAB-Forum 3. Februar 2021, <https://www.iab-forum.de/nicht-alle-wuensche-werden-wahr-welche-kompromisse-jugendliche-beim-ausbildungsberuf-eingehen/>, (11.02.2021).

DAS KULTUSMINISTERIUM WEICHT AUS!

*Das darf doch nicht **RECHT** sein! - ist die Headline einer Schülerzeitung meines Politikurses einer 12. Klasse Fachoberschule an der Alice-Eleonoren-Schule in Darmstadt zu dem Thema Rechte und Gebote der jungen (Schüler-)Generation (in Zeiten von Corona und darüber hinaus).*

Und im Grunde sollte es („nur“) ein Beitrag für einen Schülerwettbewerb sein, aber es entwickelte sich zunehmend zu einer Anklage aus Betroffenen-sicht.

„Wir sind wütend und wir sind enttäuscht, dass wir in dieser Pandemie von der Politik vergessen wurden... So wurde uns schon vor über einem Jahr in der 11. Klasse versprochen, dass wir WLAN an unsere Schule bekommen sollten und dass unsere Schulsozialarbeiterin mehr Stunden an unserer Schule für uns zur Verfügung stehen würde. Fact aber ist, dass wir trotz des Bedarfs an Distanzunterricht und trotz der größeren Probleme mit der Enge im Elternhaus und der Distanz zu unseren Freunden auch nicht mehr an Stunden der Schulsozialarbeit an unserer Schule haben und immer noch kein WLAN und schlechte technische Ausstattung!“

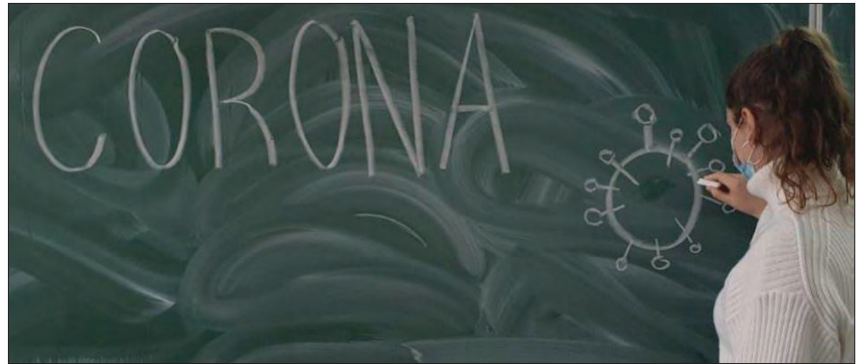
„Und wie sieht es mit dem Schulpsychologischen Dienst aus?“

Nachdem die SchülerInnen für ihre Zeitung zu diesem Thema recherchierten, waren sie noch mehr enttäuscht und wurden noch desillusionierter. „Bei einem Schüler-Schlüssel von 1: 10.300 liegt es doch auf der Hand, dass es keine adäquate schulpsychologische Einzelbetreuung für uns Schüler geben kann.“

Diese Schülerzeitung, die nun

*zum zweiten Mal an der Alice-Eleonoren-Schule erschienen ist, ist u.a. auch eine Abrechnung mit der aktuellen Schulpolitik, so wie es die betroffenen jungen Menschen am eigenen Leib derzeit spüren. Und ich als Lehrerin finde, sie haben ja so **RECHT**.*

Angelika Förster



Viele Schüler*innen sind derzeit über ihren schulischen Alltag aus verschiedenen Gründen empört. Unsere Journalistinnen Melike Polat und Cheyenne Windeck aus der Alice-Eleonoren-Schule in Darmstadt haben das Kultusministerium (KuMi) hierzu schriftlich interviewt. Hier ein Auszug aus dem Interview.

M. Polat: *Warum legt das Kultusministerium keinen Wert darauf, dass die Schüler*innen in einem Unterrichtsfach über ihre alltäglichen und auch zukünftigen Rechte und Pflichten belehrt werden?*

KuMi: „(...) Das Hessische Kultusministerium (HKM) übernimmt als oberste Schulaufsichtsbehörde zentrale Planungs- und Steuerungsaufgaben in der Bildungspolitik wie beispielsweise die Bildungsplanung, die Entwicklung von Kerncurricula, die Lehrerstellenzuweisung und die Konzeption der Lehrerausbildung und -fortbildung. Die unmittelbare Vermittlung von

Wissen erfolgt an den Schulen auf der Basis der geltenden Kerncurricula und Lehrpläne. Für Ihre Fragestellung interessant sein könnte die Publikation „Grundrechtsklarheit, Wertevermittlung, Demokratieerziehung“ und insbesondere Kapitel IV, in dem die Bedeutung der Grundrechte für den Schulalltag erläutert wird.“

M. Polat: *Warum ist im Schullehrplan immer noch kein Unterrichtsfach für Verträge, Steuererklärung, Bafög, Schuldenregulierung etc. verankert?*

KuMi: „(...) Hier empfiehlt es sich, bei Unsicherheiten die Hilfe von Lohnsteuervereinen, Verbraucherzentralen oder Beratung durch die zuständigen Behörden in Anspruch zu nehmen (im Falle von Bafög ist es das zuständige Amt für Ausbildungsförderung). Viele Fragestellungen des Alltags lassen sich selbstständig im Internet recherchieren (...).“

C. Windeck: *Wieso haben viele Schulen im Jahr 2020 immer noch kein WLAN?*

KuMi: „(...) Das HKM und die hessischen Schulträger (dies sind die Landkreise, kreisfreien Städte sowie freie Träger) arbeiten gemeinsam daran, das Landesprogramm *Digitale Schule Hessen* umzusetzen, um alle Schulen flächendeckend mit

WLAN und passender Präsentationstechnik zu versorgen und damit die Möglichkeiten des Einsatzes digitaler Medien zur Unterstützung des Unterrichts zu optimieren. Darüber hinaus werden in Hessen weitere Mittel zur Verfügung gestellt und Maßnahmen ergriffen, um die hessischen Schulen im Schuljahr 2020/2021 bestmöglich zu unterstützen. Die Staatlichen Schulämter und die Schulträger befinden sich in einem beständigen Abstimmungsprozess, um die unterschiedlichen regionalen Voraussetzungen und die Bedarfe an den einzelnen Schulen bei der Verwendung der Mittel und der Umsetzung der Maßnahmen zu berücksichtigen (...).“

C. Windeck: *Bei Unterrichtsausfall, wie in Zeiten von Corona, können einige Schüler*innen am Homeschooling aufgrund fehlender Computer oder Tablets nicht regelmäßig teil-*

nehmen. Wer trägt hierfür die Verantwortung und wer die Konsequenzen?

KuMi: „(...) Die Zuständigkeit hierfür liegt bei den Schulträgern (...), diese können mit dem Sofortausstattungsprogramm und im Rahmen des Antragsverfahrens zum Digitalpakt von den Möglichkeiten Gebrauch machen, über die zur Verfügung stehenden Bundes- und

Landesmittel ihre Gerätebestände auszuweiten (...).“

C. Windeck und M. Polat: *Wir danken Ihnen für das Interview!*

Schriftliches Interview mit buergerbueuro-hkm@kultus.hessen.de vom 19.11.2020



Recht auf Bildung und den Anspruch auf Beschulung – Schüler:innen klagen an

Jugendliche haben eine Menge Pflichten. Aber sie haben eben auch Rechte. Aber wer informiert sie darüber? Um hier ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen haben die Schüler:innen der AES zu diesem Thema ein Telefoninterview mit dem Verwaltungsrichter Herrn Grünewald vom Verwaltungsgericht Frankfurt geführt.

Die Schüler*innen fragten z.B. Herrn Grünewald, ob sie denn ihre Stadt verklagen könnten, weil die Stadt Darmstadt als Schulträger sich nicht um geeignetes WLAN an ihrer Schule kümmern würde und die Schülerinnen und Schüler sich dadurch nicht digital weiterbilden könnten bzw. im Distanzunterricht von den Lehrer*innen ohne WLAN an der Schule nicht unterrichtet werden können. Und dies auch immer noch nicht nach einem dreiviertel Jahr, nach dem ersten Lockdown!

Dies bejahte der Verwaltungsrichter und verwies dabei auf das *Recht auf Bildung und den Anspruch auf Beschulung* und meinte, dass solch eine Klage sogar

durchaus von Erfolg gekrönt sein könnte.

Zur Frage, warum die Kinderrechte nicht explizit im Grundgesetz verankert seien antwortete Grünewald,

dass das Grundgesetz aus dem Jahre 1949 stamme und damals Kinderrechte noch nicht so im Fokus standen. Trotzdem seien politische Bestrebungen bereits vorhanden, um Kinderrechte ins Grundgesetz zu bekommen.

Wir bedankten uns für das instruktive Telefoninterview.



STATIONEN VON KLIMASCHUTZ UND NACHHALTIGKEIT

1961 Willy Brand gibt im Bundestagswahlkampf als Ziel einen „blauen Himmel über der Ruhr“ aus

1972 Der Club of Rome beschreibt die „Grenzen des Wachstum“

1973 Die Ölkrise: Preisschock für fossile Energie

1979 Die erste Weltklimakonferenz beginnt in Genf

1986 Reaktorunfall in Tschernobyl – SPD geht erstmals auf Distanz zur Atomenergie

1988 Die Klimaforschung beginnt sich zu koordinieren: UN-Weltklimarat IPCC gründet sich

1992 Auf dem UN-Erdgipfel wird einstimmig ein Klimarahmenvertrag beschlossen

1997 Das „Kyoto-Protokoll“ schreibt erstmals globale Ziele zur Reduktion von Treibhausgas fest und tritt 2005 in Kraft

März 2000 Unter Rot-Grün tritt das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in Kraft

2002 Chemienobelpreisträger Paul Crutzen schlägt als neues Erdzeitalter das „Anthropozän“ (die Geologie der Menschheit) vor

2011 Nach der Atomkatastrophe von Fukushima geben Union und FDP den Widerstand gegen die Energiewende auf

September 2015 Die UN beschließen einstimmig die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

Dezember 2015 UN-Klimakonferenz in Paris: die Erderwärmung soll weltweit auf max. zwei Grad beschränkt werden

März 2018 Große Koalition verpflichtet sich, UN-Nachhaltigkeitsziele umzusetzen

Juni 2018 Auf Initiative der SPD wird eine Kohlekommission eingesetzt

zwischen 1,5 Grad Erwärmung und zwei Grad verdeutlicht

April 2019 Großbritannien erklärt den Klimanotstand

Januar 2020 World Economic Forum

März 2020 Stellungnahme der Scientists For Future zum neuen EU-Klimagesetz

August 2020 Der Kohleausstieg in Deutschland wird Gesetz

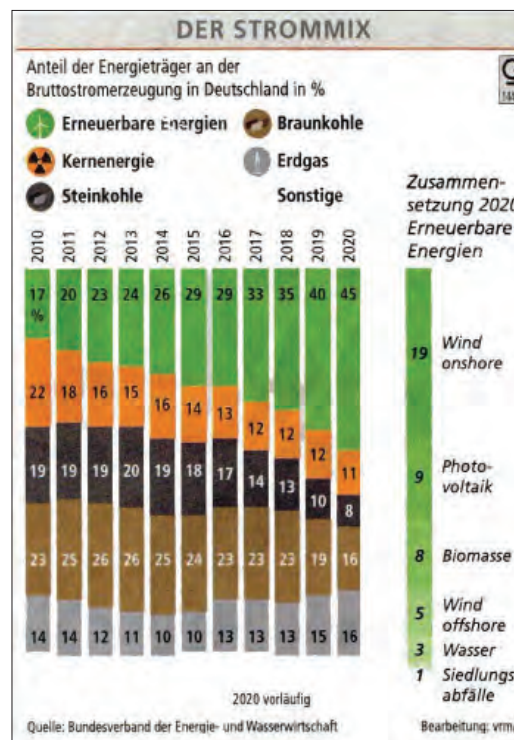
25. 09. 2020 Die FFF-Bewegung ist zurück zum ersten globalen Streiktag nach dem Ausbruch der Pandemie

2021 Ab 1. Januar tritt die CO₂-Steuer in Kraft

2022 In Deutschland sollen die letzten drei Atomkraftwerke vom Netz gehen

2030 Klimaschutzziel: CO₂-Emissionen in Deutschland werden um 55 Prozent gesenkt

2038 Ende der Kohleverstromung in Deutschland



20. August 2018 Greta Thunberg setzt sich zwischen die beiden Hälften des schwedischen Parlamentsgebäudes und fängt an zu streiken

13. September 2018 Erster Freitagstreik unter dem Namen „FridaysForFuture“; viele auch Großstreiks und –demonstrationen folgen

Oktober 2018 Der Spezialreport der UNO „IPCC SR1.5“ wird veröffentlicht, der den Unterschied

2050 Klimaschutzziel: CO₂-neutrale Wirtschaft in Deutschland und Europa

Diese Liste eignet sich sehr gut für forschendes Lernen im berufsbezogenen Unterricht und in Politik und Wirtschaft. Selbstverständlich kann/sollte sie ergänzt werden.(DS)

Die Abnahme der arktischen Meereisfläche

1989 betrug die arktische Meereisfläche 6,9 Mio. km² = 100%. 1999 noch 5,7 Mio. km², 2009 noch 5,1 Mio. km² und 2018 gerade mal 4,4 Mio. km² = 64%. Diese Angaben eignen sich nicht nur für Prozent- und Dreisatzrechnen, sondern auch für forschendes Lernen im Sinne: was bedeutet das für den Lebensraum von Tieren (z.B. Eisbären) und anderen Lebewesen (z.B. Algen) und das gesamte dortige Nahrungsnetz?

Extremwetter und Klimakrise im Unterricht

Für das Lernen zu Hause geeignet!

Expert*innen sagen für die Zukunft einen Anstieg an Extremwetterereignissen voraus.

Gute Debatten brauchen eine klare Grundlage und eine kritische Auseinandersetzung. Damit sich Schüler*innen das Wissen dafür auch zu Hause aneignen können, bietet sich das ganze Material gut an, auch die Aufgaben in den Aktionsblättern. Ausgenommen sind hier lediglich die Rollenspiele: Arbeitsblatt 2 „Gletscherschmelze und Meeresspiegelanstieg“, Aufgabe 3 (S. 6) und Arbeitsblatt 4 „Hochwasser in Europa“, Aufgabe 3 (S.10).

Mit dieser 23-seitigen Unterrichtseinheit befassen sich Schüler*innen mit den Folgen der Erderhitzung und setzen sich insbesondere mit Extremwetterereignissen auseinander. Dabei werden die wichtigsten Forschungsergebnisse

des Weltklimarats der Vereinten Nationen vermittelt (IPCC-Berichte)

Download: www.greenpeace.de/bildungsmaterialien/extremwetter-und-klimakrise

Schulen werden klimaneutral

Greenpeace unterstützt mit dem Projekt „Schools for Earth“ Schulen dabei, die Energie der jungen Klimabewegung aufzunehmen und

Mehr Infos unter: www.greenpeace.de/schoolsforearth

Wind überholt Kohle als Energieträger

Im vergangenen Jahr hat die Windkraft die Kohle als wichtigsten Energieträger in Deutschland überholt. Erstmals wurde mehr Strom aus Wind erzeugt und ins heimische Netz eingespeist als aus

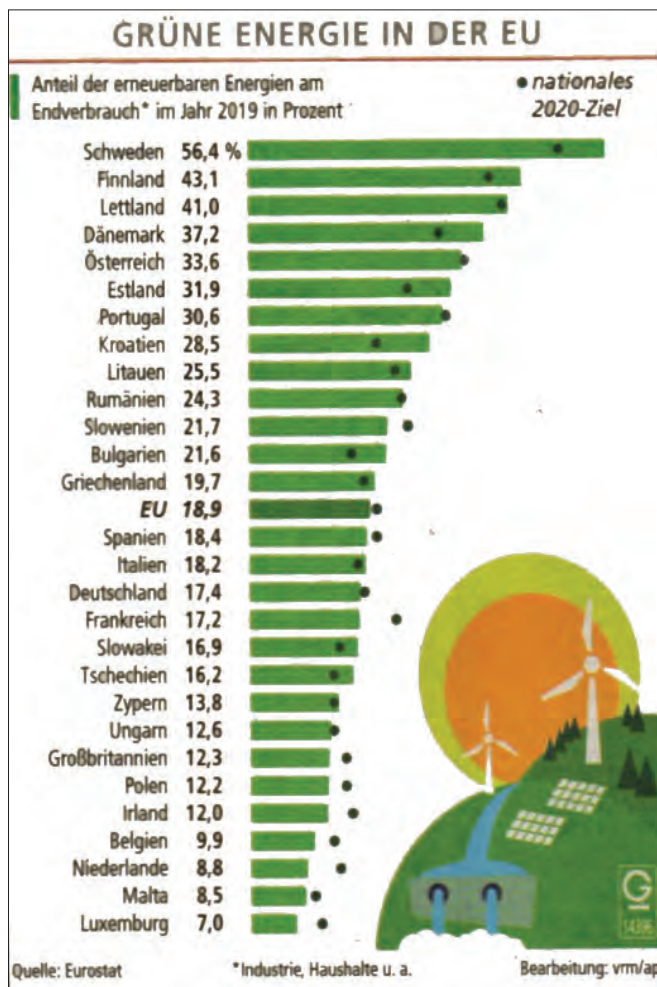
Kohlekraftwerken, wie das Statistische Bundesamt am Freitag berichtete. Der Anteil der Windkraft am Energiemix lag bei 25,6 Prozent, damit war erstmals ein erneuerbarer Energieträger auf Platz 1. Insgesamt erreichten die Alternativen den Rekordanteil von 47 Prozent, nach 42,3 Prozent im Jahr 2019.

Die Anteile von Kohle (24,8 Prozent) und Kernenergie (12,1 Prozent) gingen zurück, während Gaskraftwerke mit 13,6 Prozent mehr Strom lieferten. Insgesamt war die Stromerzeugung aber rückläufig, weil insbesondere im ersten Corona-Lockdown im Frühjahr die Nachfrage sank.

Ins heimische Netz wurden aufs Jahr gesehen 502,6 Milliarden Kilowattstunden eigenproduzierter Strom eingespeist und damit 5,9 Prozent weniger als im Jahr zuvor.

Quelle: DE 6. März 2021

Frage an die Schüler:innen: woher kommen die Differenzen zwischen den Werten des Schaubildes und denen des Textes?



Bildung für nachhaltige Entwicklung auf dem Weg zur klimaneutralen Schule umzusetzen. Dafür stehen eine Vielzahl neuer Angebote, wie der CO₂-Schulrechner, Handreichungen mit Klimaschutzmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler sowie innovative, digitale und analoge Unterrichtsmaterialien bereit.

WER GIBT DEN BERUFLICHEN SCHULEN IN HESSEN DEN NAMEN?

Die meisten berufsbildenden Schulen in Hessen haben einen Namen, den sie einstmals bewusst mit ihrer Identität und Zielvorstellung gewählt haben. Insoweit erscheint es uns lohnenswert, in jeder kommenden Ausgabe des insiders einen/eine Namensgeber/in vorzustellen und so auch ein Stück Erinnerung und Bewusstwerdung herzustellen. Wer etwas zu seiner/ihrer Schule schreiben möchte ist dazu herzlich eingeladen. Wir beginnen mit der Theodor-Litt-Schule in Gießen und der Alice-Eleonoren-Schule in Darmstadt (Die Redaktion).

Anmerkungen zu Theodor Litt

Am 27.12.2020 wäre ein großer Pädagoge, Kultur- und Sozialphilosoph, auch speziell Berufspädagoge, 140 Jahre alt geworden. Leider wurde dies öffentlich nicht weiter bemerkt: Theodor Litt (geb. 27. Dezember 1880 in Düsseldorf; † 16. Juli 1962 in Bonn).

Beschäftigt man sich als engagierter Berufspädagoge, wenn auch nun als Pensionär, mit ihm näher, dann haben seine Ideen und Wertvorstellungen über Kultur, Geschichte, Verständnis und Respekt als sein zentrales Anliegen in der beruflichen Bildung auch heute noch Gültigkeit. Zumindest sollten seine Gedanken gerade in der heutigen, oft orientierungslosen Welt einen Stellenwert haben. Rein zufällig wurde ich nun nochmals an seine Gedankenwelt erinnert. Eine große berufliche Schule in Gießen trägt seit Jahren seinen Namen, eine weise Entscheidung der damals

politisch Verantwortlichen, im Übrigen auch eine allgemein bildende Schule in Michelstadt.

Theodor Litt war ein Kind der industriellen Revolution, der Gründerzeit und der deutschen Reichsgründung, wie Chronisten



vermerken. Litt identifizierte sich mit der Weimarer Republik und geriet – nach Studium, Lehrtätigkeit und als Referent im Ministerium – als Rektor der Universität Leipzig in Konflikte mit dem Nationalsozialismus, wurde 1937 mit einem Vortragsverbot belegt sowie vorzeitig in den Ruhestand versetzt. Dennoch veröffentlichte er weiter kritisch gegen die herrschende Ideologie.

Am Lehrstuhl in Leipzig konnte er zwar nach dem 2. Weltkrieg seine Lehrtätigkeit fortsetzen, aber die nach seiner Ansicht totalitäre Ausrichtung der SED erinnerte ihn zu sehr an die der Nazis. Seine Lehrtätigkeit setzte er dann an der Universität in Bonn fort, wo er das

Institut für Erziehungswissenschaften begründete. Neben der Weiterführung seiner anthropologischen und geschichtsphilosophischen Fragestellungen entwickelte Litt nach 1945 in expliziter Auseinandersetzung mit totalitären Systemen eine Konzeption politischer Bildung

für die Demokratie und entwarf eine den Herausforderungen der modernen Industriegesellschaft korrespondierende Bildungstheorie. Es waren bewegte Zeiten nach dem Krieg. Aufmerksam machte er auf sich u.a. mit seiner Auffassung, dass berufliche Bildung keinen reinen Auftrag zur Schaffung von „Arbeitsexperten“ habe. Für eine moderne Arbeitswelt habe sich berufliche Bildung „grundlegend den Bereichen des Vorhandenseins (der Welt) zu öffnen und sich mit ihnen zu verbinden“. Zugleich projizierte er diese Gedanken in eine geisteswissenschaftliche Pädagogik, die ihren Ausgangspunkt

in der Reformpädagogik zu Anfang des 20. Jahrhunderts hatte und über Litts Schüler Klafki bis in die Diskussion zur Bildungsreform in den 1970er Jahren reichte.

Für mich sind seine Ideen eine klare Absage an das Fachidiotentum und ein klares Bekenntnis für den allseits und umfassend gebildeten Menschen, gerade und auch in der beruflichen Bildung, mit Gültigkeit und der heutigen Würdigung auch in einer Hightech- Welt unter Industrie 4.0 Ansprüchen. Ein Bekenntnis mit Schlüsselqualifikationscharakter, heute wichtiger denn je.

Wolfgang Hill, Mitglied der GEW-Landesfachgruppe

DIE ALICE-ELEONOREN-SCHULE (AES) IN DARMSTADT

Die AES verdankt ihre Entstehung und ihr Bestehen mutigen unkonventionellen Frauen.

Gegründet wurde die Schule für Mädchen und Frauen von **Alice** Großherzogin von Hessen und bei Rhein (1843-1878), Tochter der englischen Queen Victoria und Prinz Albert.



Mit *Florence Nightingale* als Beraterin entwickelte Alice im Krieg 1866 die Lazarettpflege, aus der sich landesweit Alice-Frauenvereine für Krankenpflege entwickelten. Diese eröffneten im Alice-Hospital in Darmstadt eine nicht-kirchlich gebundene Schwesternschule.

Mit *Luise Büchner*, die als erste Frau vom preußischen Kultusministerium zu einer Stellungnahme zu Unterrichts- und Erziehungsfragen in der Mädchenschulbildung gebeten wurde, entwickelte sie den Alice-Verein für Frauenbildung und Erwerb, der die Alice-Schule eröffnete.

Eleonore (1876-1937) heiratete Ernst Ludwig, Alices Sohn, als zweite Ehefrau.

Ihren Einsatz in der 1908 gegründeten Ernst Ludwig und Eleonore-Stiftung galt zunächst der Zentrale für Säuglings- und Mutterschutz und der Kinderklinik in Gießen. Auch Lungenheilstätten für Frauen, wie in Winterkasten die Eleonoren-Heilstätte, kamen hinzu.

Ab 1912 übernahm Eleonore von ihrer Schwägerin *Victoria* den Vorsitz des Alice-Frauenvereins für Krankenpflege mit der angeschlossenen Alice-Schwesternschaft. Seit 1905 führte sie die Arbeit im Alice-Verein für Frauenbildung mit dem angegliederten Kindergärtnerinnenseminar fort, das seit 1917 Alice-Eleonoren-Schule heißt.

Zur Zukunft der AES

Politischen Interessen zufolge sollte 2015 die **Alice-Eleonoren-Schule** aufgelöst und in andere Schulen, z.B. die Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin zur Hälfte an das Elisabethenstift (kirchlich gebunden), verlegt werden. Die andere Hälfte sowie die meisten anderen Schulformen und Bereiche sollten an die Kreisberufsschule nach Dieburg kommen.

Die Schulgemeinde der Alice-Eleonoren-Schule hat sich mit der Unterstützung von Ausbildungspartnern, Verbänden und GEW, Schü-



lerInnenvertretung und Elternvertretung sowie vielen weiteren Unterstützerinnen und Unterstützern aus Politik, Kunst und Wirtschaft auch durch eine öffentliche Demonstration erfolgreich dagegen zur Wehr gesetzt.

Brandaktuell hat die Stadt Darmstadt beschlossen, für die AES einen Neubau zu errichten, der in unmittelbarer Nähe zur Peter-Behrens-Schule und zur Erasmus-Kittler-Schule

angesiedelt wird. Somit soll endlich die absolut unzureichende Situation mit Raumnot, Dependancen, maroden Gebäuden und mangelhafter Technik aufgelöst werden. Bei dem Tempo, das die Stadt Darmstadt schon bei der Sanierung des Berufsschulzentrums Nord gezeigt hat, wird dieser Neubau aber noch lange auf sich warten lassen, so meine Befürchtung.

Barbara Konrad,
Fachlehrerin an der AES

Die **Alice-Eleonoren-Schule** konnte **2019** ihr **150jähriges Bestehen** als älteste Berufsschule in Hessen feiern. Hier findet Bildung und Ausbildung in den Bereichen Sozialwesen, Textiltechnik und Bekleidung, Ernährung und Hauswirtschaft sowie Körperpflege und Gesundheit in den unterschiedlichen Schulformen statt. Traditionelle Frauenberufe also...

Weiterbildung:

FACHSCHULE LOHNT SICH

Eine Befragung zeigt, dass die Fachschulweiterbildung gute Ergebnisse bringt: Die meisten Absolvent*innen steigen beruflich auf, Arbeitslosigkeit war zuletzt kein Problem.

Zu den Stärken des deutschen Wirtschaftsmodells gehören die gut ausgebildeten Beschäftigten, zu deren Qualifizierung Fachschulen einen wichtigen Beitrag leisten. Das sind Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung, die Bildungsgänge für Fachkräfte anbieten. Wie sinnvoll diese Institution aus Sicht von Teilnehmern, Arbeitgebern und Lehrern ist, haben Christina Hihn, Matthias Wyrwal und Bernd Zinn von der Universität Stuttgart mit Förderung der Hans-Böckler-Stiftung untersucht. Das Ergebnis fällt positiv aus: Die Zufriedenheit ist hoch, der berufliche Nutzen stark ausgeprägt.

Für ihre Studie haben die Wissenschaftler*innen über 700 Fachschüler*innen der Schwerpunkte Bautechnik und Maschinenbautechnik aus Baden-Württemberg, Bayern und Hessen zwischen März 2017 und Februar 2019 insgesamt dreimal befragt: während der Weiterbildung, sechs Monate und zwölf Monate nach dem Abschluss. Zusätzlich wurden Interviews mit Personalverantwortlichen von Betrieben und Lehrkräften an Fachschulen geführt sowie Arbeitsmarktdaten und Stellenausschreibungen analysiert.

Als **Motiv** für den Besuch einer Fachschule nannten mehr als drei Viertel der Befragten „soziale Aufstiegsmöglichkeiten und bessere Verdienstmöglichkeiten“. Die Hoffnung auf eine bessere berufliche

Stellung innerhalb des Betriebs war für knapp ein Drittel ein Grund, Unterforderung im erlernten Beruf für ein Viertel. Bereut haben ihre Entscheidung nur wenige: Zwei Drittel der Fachschüler*innen geben an, dass sich ihre Erwartungen an die Weiterbildung größtenteils oder vollkommen erfüllt haben.

Tatsächlich belegen die Befragungsergebnisse „**exzellente Aufstiegschancen**“, schreiben die Forscher. Ein Jahr nach dem Abschluss befand sich keiner der Befragten mehr in der gleichen beruflichen Position wie vor der Weiterbildung, 42 Prozent hatten Leitungsaufgaben. Arbeitslos war nach sechs Monaten

zeigen richten sich oft gleichzeitig an Absolventen von Fachschulen sowie an Meister und Bachelorabsolventen ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge. Das deutet darauf hin, dass die beruflich und akademisch erworbenen Abschlüsse in diesem Bereich „verschwimmen“, so die Autoren.

Auch **Arbeitgeber** bewerten die Fachschulweiterbildung „im Großen und Ganzen positiv“ heißt es in der Studie. Techniker sind nach Ansicht der interviewten Personalverantwortlichen vielseitig einsetzbar und verfügen im direkten Vergleich zu Akademikern über „hinreichende und unmittelbar anschlussfähige Praxiserfahrungen“, während die

Hochschulabsolventen oft anfängliche Umsetzungsschwierigkeiten haben. Viele Betriebe übernehmen die Kosten einer fachschulischen Weiterbildung, oft werden über Arbeitszeitkonten Auszeiten ermöglicht sowie Freistellungen für Prüfungen gewährt.

In einigen Punkten besteht der Untersuchung zufolge allerdings auch **Verbesserungsbedarf**:

Rund die Hälfte der Fachschüler wünscht sich einen

erweiterten Praxisbezug, ähnlich äußern sich auch die Personalverantwortlichen. Ebenfalls wünschenswert wären nach Ansicht der Befragten mehr fachliche Aktualität, eine bessere technische Ausstattung, insbesondere im Hinblick auf digitale Lernmedien und eine engere Kooperation mit Unternehmen.

*Quelle: Böckler-Impuls
Ausgabe 19/2020*



noch ein Teilnehmer, nach zwölf Monaten niemand. Acht Prozent hatten ein Hochschulstudium begonnen. Fast drei Viertel geben an, dass sich ihre berufliche Situation seit der Weiterbildung verbessert hat, 69 Prozent sind mit ihrem Einkommen zufrieden.

Generell war die **Arbeitsmarktsituation** für Techniker*innen im Untersuchungszeitraum ausgesprochen günstig: Der Studie zufolge herrschte nahezu Vollbeschäftigung. Stellenan-

KOMPETENZNETZWERK DEMOKRATIE-FÖRDERUNG IN DER BERUFLICHEN BILDUNG

Dr. Klaudia Tietze

Wenn man sich die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in Deutschland, Europa und weltweit anschaut, bekommt man Zweifel daran, ob Jede*r Demokratie als gültiges politisches System wirklich will. Wenn wir allerdings von der Annahme ausgehen, dass Demokratie der einzige vertretbare Vertrag für das Zusammenleben sein darf, dann müssen wir sicherstellen, dass Jede*r Demokratie kann; dass Jede*r demokratische Prozesse versteht und akzeptiert, dass Demokratie bedeutet, divergierende Partikularinteressen zusammenzubringen.

Das Zusammenleben in einer sich rasant verändernden Gesellschaft zwingt uns dazu, dieses Zusammenleben immer wieder im Rahmen der demokratischen Spielregeln bzw. anhand des vereinbarten Vertrages neu zu bewerten und anzupassen: je mehr Vielfalt, je mehr Akteur*innen mit unterschiedlichen Interessen, desto mehr Aushandlungsprozesse. **Dabei beobachten wir, dass das Erlernen der Kompetenzen, die notwendig sind, um sich gleichberechtigt an diesen Prozessen beteiligen zu können, eine immer geringere Rolle spielt und im Bereich der beruflichen Bildung marginalisiert wird.**

Als Kompetenznetzwerk „Demokratieförderung in der beruflichen Bildung“ stärkt der Kumpelverein gemeinsam mit den Projektpartner*innen (DGB Bildungswerk Bund, DGB Jugend und Minor gGmbH) die Berufsbildung

als Ort der Demokratiebildung, insbesondere die Verbreitung und Verankerung von Demokratieförderung in der beruflichen Bildung.

Mit dem Projekt werden zum einen Unterstützungsinstrumente für das Berufsbildungspersonal zum Einsatz an ihren Lernorten zur Verfügung gestellt, zum anderen eine Diskussions- und Austauschplattform angeboten, um einen breiten Diskurs und Vernetzung zu ermöglichen.

Zu den **Unterstützungsinstrumenten** gehören ein Infoportal, Qualifizierungsseminare und Lerneinheiten. Das Infoportal Demokratieförderung (www.demokratieforderung.gelbehand.de), das 2021 an den Start geht, ist ein virtueller Ort, der einen schnellen Zugang zur bundesweit verfügbaren Expertise in diesem Themen- und Strukturfeld ermöglicht. Das Infoportal sammelt Literatur, Lerneinheiten, Unterrichtsmaterial, gute Praxisbeispiele und Akteur*innen, die in berufsbildenden Schulen und Ausbildungsbetrieben wirken.

Zwei weitere Instrumente des Projekts – **Qualifizierungsseminare und Lerneinheiten** - widmen sich den konkreten Bedarfen des Berufsbildungspersonals im Bereich der eigenen Weiterbildung und des vorhandenen Unterrichtsmaterials.

Die Konzeptionierung und die Umsetzung dieser modellhaften Qualifizierungsseminare für Berufsschullehrkräfte erfolgen in einer engen Kooperation mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Bereits im Herbst

2021 wird in Kooperation mit der Lea - Bildungsgesellschaft mbH der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen das erste modellhafte Qualifizierungsseminar angeboten. Das Ziel ist, dass die modellhaften Qualifizierungsseminare so aufbereitet sind, dass sie von jeder Bildungseinrichtung oder gewerkschaftlichen Gliederung übernommen werden können.

Neben den Qualifizierungsseminaren werden **Unterrichtseinheiten** mit dem Ziel konzipiert, Themen zu bearbeiten, die noch nicht ausreichend oder gar nicht mit dem vorhandenen Material abgedeckt sind. Die neu entwickelten Lerneinheiten werden in Ausbildungsbetrieben und berufsbildenden Schulen erprobt. Erst die tatsächliche Anwendung der Lerneinheiten und die damit verbundene Optimierung des erstellten Materials verleiht den Lerneinheiten eine zielgerichtete Einsatzfähigkeit. Dabei sollen die Lerneinheiten transferorientiert aufbereitet werden, damit die Berufsschullehrkräfte und Ausbilder*innen alle notwendigen Informationen für die Anwendung der Lerneinheiten erhalten, ohne zusätzliche Fortbildungen absolvieren zu müssen. Dennoch steht auch in diesem Fall die Transfer- und Beratungsstelle dem Berufsbildungspersonal zur Verfügung.

Ansprechpartnerin Fachstelle Fachpersonal:

E-Mail:

klaudia.tietze@gelbehand.de

Mehr Infos unter: www.gelbehand.de/demokratieforderung

„DUALES“ MASTERSTUDIUM METALL ELEKTRO

Das Land Hessen macht sich anscheinend auf den Weg zu einer einphasigen dualen Lehramtsausbildung. Überschrieben ist der mit dem Hauptpersonalrat erörterte Erlass mit „*Studienbegleitende Förderung des Studiums des Master of Education an Hessischen Universitäten für Personen der Studienrichtungen Metall- oder Elektrotechnik (Bachelor of Science und Bachelor of Education)*“. Das Ganze ist als Pilotprojekt gedacht, das nach Evaluation auch auf andere Fachrichtungen und andere Lehrämter angewendet werden könnte. Erfreulich ist, dass hier das Ministerium auf die Kompetenzen der beiden hessischen Universitäten Darmstadt und Kassel zurückgreift und die Maßnahme durch Abordnung aus einer Studienseminarleitung konzipieren lässt. Die Uni Gießen arbeitet im Rahmen der bundesweiten Zukunftsinitiative Lehrer:innenbildung an einem weiteren Konzept, das in einer der nächsten Ausgaben vorgestellt wird.

Begründet wird das neue Konzept mit den Erfahrungen in den

verschiedenen Quereinstiegsprogrammen (QUISS, QUEM, QUEMI) und den geringen Übergängen vom Bachelor zum Master of Education. Durch das Entgelt während des Masterstudiums und die Verknüpfung mit dem Vorbereitungsdienst sollen mehr Bachelorabsolvent:innen überzeugt werden, den Weg zum Lehramt zu gehen.

Adressat:innen

Die Fördermaßnahme richtet sich an Personen, die ein Studium des Master of Education in den beruflichen Fachrichtungen Metalltechnik oder Elektrotechnik an den Universitäten Kassel oder Darmstadt aufnehmen wollen. Angesprochen werden Bachelor of Science und Bachelor of Education in den beiden Fachrichtungen. Über das Vorliegen der Zulassungsvoraussetzungen entscheidet die jeweilige Universität, wobei hier zumindest in den Folgejahren die Möglichkeit bestünde, den Zugang für weitere Kreise zu öffnen, wie Meister:innen, Techniker:innen oder

at-Fachlehrkräfte.

Um was geht es?

Die Fördermaßnahme soll zum Wintersemester 2021/22 beginnen und wird im nächsten Amtsblatt veröffentlicht. An den beiden Hochschulen in Kassel und Darmstadt sollen pro Jahr jeweils 20 Studierende des Master of Education zum Lehramt Berufsbildende Schulen gefördert werden. Die Studierenden erhalten vom Land Hessen ein Entgelt entsprechend der Anwärterbezüge. Das Masterstudium soll in der Regel 6 Semester dauern; Verkürzung und Verlängerung sind möglich. Die Masterstudierenden werden gleichzeitig vom Studienseminar betreut und sind an einer berufsbildenden Schule 6 Unterrichtsstunden eingesetzt. Die Masterstudierenden verpflichten sich nach dem Abschluss, ihren Vorbereitungsdienst in Hessen zu absolvieren. Der an die Maßnahme anschließende Vorbereitungsdienst soll in der Regel verkürzt werden.

Sem.	Studium	Schule	Studienseminar
1	Masterstudium gemäß Vorgaben Universität	6 Unterrichtsstunden wöchentlich Hospitation	Einführungsveranstaltung 20 h Präsenzzeit pro Semester
2	Masterstudium gemäß Vorgaben Universität	6 Unterrichtsstunden wöchentlich angeleiteter Unterricht	Fachdidaktische und allgemein-pädagogische Veranstaltungen 30 h inkl. 1 Unterrichtsversuch pro Semester
3	Masterstudium gemäß Vorgaben Universität	6 Unterrichtsstunden wöchentlich eigenverantwortlicher Unterricht	Allgemeinpädagogische Veranstaltungen 20 h inkl. 1 Unterrichtsversuch pro Semester
4	Masterstudium gemäß Vorgaben Universität	6 Unterrichtsstunden wöchentlich eigenverantwortlicher Unterricht	Fachdidaktische und allgemein-pädagogische Veranstaltungen 30 h inkl. 1 Unterrichtsversuch pro Semester
5	Masterstudium gemäß Vorgaben Universität	6 Unterrichtsstunden wöchentlich eigenverantwortlicher Unterricht	Allgemeinpädagogische Veranstaltungen 20 h inkl. 1 Unterrichtsversuch pro Semester
6	Masterstudium gemäß Vorgaben Universität	6 Unterrichtsstunden wöchentlich eigenverantwortlicher Unterricht	Gestaltung Übergang in den Vorbereitungsdienst 10 h

Semesterplanung

Neben den regulären Verpflichtungen im Rahmen eines Studiums des Master of Education durchlaufen die Studierenden unbewertete verpflichtende Veranstaltungen an den Studienseminaren und erteilen nach dem ersten Semester angeleiteten und ab dem dritten Semester eigenverantwortlichen Unterricht an einer berufsbildenden Schule. Die Unterrichtsbesuche in den Studienseminarveranstaltungen haben ausschließlich beratende Funktion und sind nicht bewertet. Umfang und Verteilung der Maßnahmen können der Tabelle entnommen werden.

Kostenverteilung

Die Absolvent:innen werden an den Hochschulen als Studierende geführt und die Hochschulen erhalten für die Lehrveranstaltungen vom Land ihr entsprechendes Budget. Die Studienseminare erhalten Mittel vergleichbar der Betreuung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst. Der eigenverantwortliche Unterricht der Studierenden wird den Schulen nicht angerechnet. Damit stehen den Schulen durchschnittlich 4 Stunden pro Schuljahr (12 Stunden eigenverantwortlicher Unterricht in 3 Jahren) für die Betreuung der Studierenden und die Umsetzung vor Ort zur Verfügung. Dies kann durch Doppelsteckungen und Entlastungsstunden erfolgen. Mindestens eine Stunde Entlastung der Mentor:innen ist durch den Erlass vorgegeben.

Personalratsbeteiligung

Da die Einstellung am Studienseminar erfolgt, ist bei der Einstellung der Studienseminarpersonalrat in der Mitbestimmung. Der Schulpersonalrat ist durch die Schulleitung im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit zu informieren. Die Verteilung der 4

Stunden pro Jahr muss in Verhandlungen zwischen Schulleitung und Schulpersonalrat festgelegt werden.

Bewertung

Die GEW Bundesfachgruppen gewerbliche und kaufmännische Schulen forderten in einem Antrag an den Gewerkschaftstag ein duales, einphasiges Masterstudium als zweiten Regelweg. Der Antrag kann bei r.becker.gew@gmx.de angefordert werden und wurde von Ralf Becker in der hlz 11/2020, S.28/29 vorgestellt.

Das vorliegende Konzept ist grundsätzlich zu begrüßen, da hier, im Gegensatz zu allen anderen bisherigen Maßnahmen des Quereinstiegs, die Ausbildungserfordernisse von Studium und Vorbereitungsdienst voll abgedeckt sind und auch bewältigt werden können. Ein reguläres Masterstudium hat 4 Semester Regelstudienzeit. Somit sind Unterrichtsverpflichtung, Teile des Vorbereitungsdienstes und Studium in 6 Semestern möglich. Darüber hinaus ist durch das Entgelt der Lebensunterhalt leichter zu bestreiten. Die Nichtanrechnung von Lehrkräften in Ausbildung ist eine Forderung der GEW und wird hier im Gegensatz zum hessischen Vorbereitungsdienst umgesetzt.

Das Bundesfachgruppenkonzept, duales, einphasiges Masterstudium als zweiten Regelweg, erfordert neue rechtliche Rahmensetzungen und die Überarbeitung der KMK-Vereinbarungen, was ein längerfristiges Ziel ist. Die HKM-Maßnahme ist ein Schritt in die GEW-Richtung. Sie muss sich aber im Rahmen der momentan gültigen rechtlichen Regeln und der Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz (KMK) bewegen. KMK Vereinbarungen müssen eingehalten werden, wenn die Abschlüsse auch in anderen Bundesländern anerkannt werden

sollen. Dies ist zum Beispiel bei vielen Quereinstiegen nicht der Fall und die Quereinsteigenden haben dann Probleme bei der Bewerbung in anderen Bundesländern oder bei länderübergreifenden Versetzungen.

In dieser Maßnahme überschneiden sich die bisher getrennten Phasen der Lehrer:innenbildung (Studium und Vorbereitungsdienst), enge Kooperationen zwischen Hochschule und Studienseminar, die bei einer Einphasigkeit notwendig sind, werden erprobt. Die Maßnahme ist offen für Quereinstiege und könnte leicht für weitere Quereinsteigende geöffnet werden. In Bezug auf die Finanzierung des Lebensunterhalts während der Lehrkräfteausbildung könnte die Maßnahme ein Einstieg werden für weitere Fachrichtungen und Lehrämter.

Fazit

Die Maßnahme ist zu begrüßen und folgerichtig hat der Hauptpersonalrat der Maßnahme auch zugestimmt. Das Pensum ist für die Studierenden zu bewältigen und es werden neue Wege in der Lehrer:innenbildung und der Finanzierung des Lehramtsstudiums gegangen, die in die richtige Richtung zeigen. Der HPRLL und die GEW werden die Maßnahme konstruktiv-kritisch begleiten und die Evaluation genauso kritisch beobachten. **Ralf Becker**



PRÜFUNGEN IN DUALEN AUSBILDUNGSBERUFEN UND CORONA

Der Vorstandsbereich Berufliche Bildung der GEW Bund hat zusammen mit den Bundesfachgruppen am 23.03.2021 in 10 Punkten ein differenziertes und ausführliches Papier „Qualifizierte Vorschläge zur Adaption der Prüfungen in dualen Ausbildungsberufen auf die pandemiebedingten Gegebenheiten“ beschlossen. Wir zitieren daraus in Auszügen.

1. Besondere Verantwortung der Prüfungsausschüsse

Den Prüfungsausschüssen fällt in dieser Situation eine besondere Verantwortung zu. Sie prüfen, ob einzelne Prüfungsteile der theoretischen und praktischen Prüfung signifikant vom Durchschnitt anderer Prüfungsteile abweichen. Wenn sich



diese Abweichungen auf corona-bedingte Einschränkungen in der betrieblichen und/oder schulischen Ausbildung zurückführen lassen, sollten die Prüfungsausschüsse dazu angehalten werden, kompensierende Maßnahmen zu ergreifen.

2. Stärkere Nutzung und bessere Verzahnung von ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH) und Assistierter Ausbildung (AsA)

Durch die Bündelung der entsprechenden personellen Ressourcen

und der Förderangebote vor Ort an den Beruflichen Schulen kann die zielgerichtete, verzahnte und damit effizientere Unterstützung der Auszubildenden verbessert werden.

3. Hygienemaßnahmen und Prüfungsformate für Risikogruppen

Für Risikogruppenangehörige nach Robert-Koch-Institut sind Sonderprüfungsformate zu entwickeln, die es den Risikogruppenangehörigen erlauben, die Prüfung ohne gesundheitliche Risiken abzulegen.

4. Stärkere Gewichtung von kompetenzorientierten, präsentations- und gesprächsbasierten Prüfungsteilen im Verhältnis zu gebundenen und ungebundenen schriftlichen Aufgaben

Die Prüfungssituation in kompetenzorientierten, präsentations- und gesprächsbasierten Prüfungsteilen sowie vergleichbaren Prüfungsformen sollte durch eine stärkere Gewichtung der Teilergebnisse der "freieren" Prüfungsteile im Sinne der Auszubildenden und ihrer Ausbildungsbetriebe genutzt werden.

5. Auswahlmöglichkeiten in gebundenen und ungebundenen zentralen Prüfungen

Aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen konnten weder in der Berufsschule noch in den Betrieben alle vorgegebenen Inhalte mit gleicher Intensität vermittelt werden, (deshalb) sollte es bei zentralen Prüfungen die Möglichkeit geben, dass der Prüfungsausschuss Aufgaben streichen kann. Die zu Prüfenden (sollten) verstärkt die Möglichkeit

haben, Aufgaben abzuwählen.

6. Ersetzen von Prüfungsteilen durch Bewertung kontinuierlich erbrachter Leistungen

Sollten Prüfungsbestandteile nicht durchgeführt werden können, können die Leistungen durch die Bewertung der im Betrieb und in der Berufsschule erbrachten Leistungen ersetzt werden.

7. Zeitnahe Nachholtermine

8. Stärkung der Wiederholungsprüfung

Corona-Fehlversuch: Eine nicht bestandene Wiederholungsprüfung in der Zeit von März 2020 bis Juli 2021 sollte nicht auf die möglichen zwei Wiederholungen angerechnet werden.

9. Zielgerichtete Förderangebote zur Vorbereitung auf Wiederholungsprüfungen

Die dualen Partner in der Berufsausbildung sollten kurzfristig verpflichtet werden, speziell auf die Vorbereitung zur Wiederholungsprüfung zugeschnittene Förderangebote zu entwickeln und diese zeitnah durchzuführen. Die könnte im Rahmen der Allianz für Aus- und Weiterbildung oder als Ergänzung des Bundesprogramms „Ausbildung sichern“ geschehen.

10. Das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ muss schnell und wirksam umgesetzt werden.

Das ausführliche Papier kann bei der Redaktion angefordert werden (DS)

Der BIBB-Hauptausschuss legt mit seiner neuen Empfehlung konkrete Ziele und Empfehlungen für die berufliche und hochschulische Bildung und die Durchlässigkeit zwischen beiden vor. Wir dokumentieren subjektiv ausgewählte Aussagen aus dem sechseitigen Empfehlungspapier (DS).

ZUR DURCHLÄSSIGKEIT ZWISCHEN BERUFLICHER UND HOCHSCHULISCHER BILDUNG

BIBB-Empfehlungen vom 1. September 2020

Die Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung ist eine gesellschaftliche, wirtschaftliche und individuelle Notwendigkeit. Durchlässig ist ein Bildungssystem dann, wenn Bildungszugänge und die Übergänge zwischen den Bildungsbereichen in beide Richtungen strukturell, prozessual und sozial reibungslos möglich sind.

Der BIBB-Hauptausschuss will die Gleichwertigkeit in der Praxis befördern und die Attraktivität der beruflichen Bildung weiter stärken. Die berufliche Bildung zeichnet sich gerade dadurch aus, dass sie allen Bildungsinteressierten attraktive Wege und Chancen bieten kann: von jungen Menschen mit oder ohne Abitur über Facharbeiterinnen und Facharbeitern, An- und Ungelernten mit und ohne Schulabschluss bis hin zu den akademisch Qualifizierten.

Um den technologischen Wandel, eine nachhaltige ökonomische und ökologische Entwicklung und die damit einhergehenden gesellschaftlichen Veränderungen zu gestalten, braucht es neben originären Bildungsangeboten aus der beruflichen und hochschulischen Bildung zunehmend auch Entwicklungswege und Kompetenzprofile, in denen berufliches und hochschulisches Lernen komplementär zusammenkommen.

Die Kompetenzen, die in der beruflichen und in der hochschulischen

Bildung erworben werden, sind unterschiedlich in ihrer Art, jedoch gleichwertig, und sie sollen gegenseitig Anchlüsse ermöglichen. Um solche Anschluss- und Kombinationsmöglichkeiten auch im jeweils anderen Bildungsbereich erfolgreich zu realisieren, muss es gelingen, Lernziele, Lerninhalte und Lernergebnisse von Bildungsprozessen vergleichbar zu beschreiben und zu dokumentieren.

Die Berufsbildung steht vor der Herausforderung, die Attraktivität ihrer **Bildungswege auch für leistungsstarke junge Menschen** deutlich zu stärken. Die berufliche Aus- und Fortbildung kann für Hochschulabsolvent*innen wie auch für Studienabbrecher*innen eine hervorragende Bildungsoption sein. Der BIBB-Hauptausschuss empfiehlt, es den für die Berufsbildung zuständigen Stellen zu ermöglichen, fachlich einschlägige Lernleistungen hochschulischen Ursprungs als weiteren Grund für die Verkürzung der Ausbildungszeit zu akzeptieren.

Was den **Zugang von dual Ausgebildeten in den Hochschulbereich** betrifft, so haben diese mittlerweile in allen Bundesländern eine (fachgebundene) Hochschulzugangsberechtigung. Zumeist ist diese geknüpft an zusätzliche Voraussetzungen wie eine mehrjährige Berufstätigkeit. Da einige Bundesländer beruflich Qualifizierten bereits heute direkt nach

dem Ausbildungsabschluss einen fachlich uneingeschränkten Zugang zum grundständigen Studium an Fachhochschulen eröffnen und seit längerem erfolgreiche Modellprojekte laufen (z.B. in Hessen-DS), empfiehlt der BIBB-Hauptausschuss den Ländern, für beruflich Qualifizierte mit einer regelhaft mindestens dreijährigen Ausbildung einen fachungebundenen Zugang zum grundständigen Studium zu eröffnen. Dies sollte insbesondere an Hochschulen für angewandte Wissenschaften, sukzessive dann genauso an Universitäten umgesetzt werden. Auch beim Zugang zum Masterstudium für Personen mit abgeschlossener Aufstiegsfortbildung auf der zweiten Fortbildungsstufe ist der Status quo in Deutschland aktuell sehr unterschiedlich: Einige Bundesländer ermöglichen diesen bereits heute, in der Regel fachgebunden für weiterbildende Master-Studiengänge. Hier spricht sich der BIBB-Hauptausschuss für eine bundesweit einheitliche Handhabung aus.

Der BIBB-Hauptausschuss bekräftigt seine 2010 beschlossene Auffassung, dass bei der Entscheidung über den Zugang an die Hochschulen die bereits beruflich erworbenen Kompetenzen stärker berücksichtigt und der Anrechnungsspielraum breiter genutzt werden soll.

Veröffentlicht im Bundesanzeiger vom 02.10.2020

NEUES LEHREN UND LERNEN

Gesellschaftliche Entwicklungen werden ignoriert!

„Wie ein Brennglas hat die Corona-Krise die Defizite unseres Schulsystems aufgezeigt. Große Gruppen von Schülerinnen und Schülern den gesamten Tag in geschlossenen Räumen zu unterrichten, ist nicht nur ein Problem der Lufthygiene, sondern auch nicht mehr zeitgemäß.“

zeitgemäße Lernumgebung muss Flächen für dynamisch sich verändernde Lern- und Lehrsettings anbieten, in denen für Gruppen und Individuen verschiedene Aktivitäten möglich sind. Damit verbunden ist ein Wandel der Rolle von Lehrkräften zu Teamplayern in multiprofessionellen Teams.

ästhetisch prägenden Rahmen für soziale Interaktion und flexible Nutzungsszenarien, eine größere Bedeutung zu.

Wir sollten den milliardenschweren Investitionsstau nutzen, um die Veränderungen in Gesellschaft und Schule auch baulich umzusetzen. Mit der aktuellen Schulbauwelle besteht die Chance, nicht nur den Investitionsstau, sondern auch den Innovationsstau im Schulbau und der Pädagogik aufzulösen.

Weitere Klassenraum-Flur-Schulen zu planen, wäre eine Ignoranz gesellschaftlicher Entwicklungen. Schulen müssen eine Vorreiterrolle globaler Bildungsziele einnehmen, in denen das Managen von unerwarteten Situationen eine Kompetenz der Zukunft aller Beteiligten darstellt.“

*Dr. Meike Kricke und Dipl.-Ing. Barbara Pampe,
Vorstand der Montag Stiftung
Jugend und Gesellschaft in:*

didacta 01/21



Mit dem Auftrag, Kinder und Jugendliche auf die Welt von morgen vorzubereiten, sollte Schule von einem Lernverständnis geprägt sein, durch das die Schülerinnen und Schüler die Kompetenzen erlangen können, die sie in einer sich wandelnden Welt benötigen. Schulen, die Lernsettings und Räume zukunftsweisend ausgerichtet haben, waren deshalb besser auf die Herausforderungen der Pandemie wie selbstständiges Lernen, Digitalisierung und Abstandsregelungen vorbereitet.

Die konventionelle Klassenraum-Flur-Schule kann so etwas nicht leisten. Eine

Während Lernen und Kommunikation weniger mit einem Ort verbunden sein müssen, kommt dem Raum, als atmosphärischen,

Der 10-G-Unterricht

Alle **g**leichaltrigen Schülerinnen und Schüler haben beim **g**leichen Lehrer zum **g**leichen Zeitpunkt und im **g**leichen Zeitraum im **g**leichen Normzimmer mit den **g**leichen Lernmitteln und Lernmaterialien mit den **g**leichen Methoden im **g**leichen Fach das **g**leiche Ziel **g**leich gut zu erreichen! (DS)

Impressum

Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12 • 60325 Frankfurt • Tel.: 069 / 97 12 930 • Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe

Berufsbildende Schulen

Layout:

Matthias Hohmann

Email: m.hohmann@gmx.net

Drucklegung April 2021

Redaktion:

Dieter Staudt

Messeler Straße 3 •
64390 Erzhausen •
Tel. : 06150 / 75 69 •

Email: dstaudt@t-online.de

Ralf Becker

Tel.: 06142 / 838880

Email: r.becker.gew@gmx.de

Auflage: 4600

Druckerei:

Gründrucken Print and
Packaging GmbH
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentlichte Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegengenommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

Utopie oder reale Phantasie?

In meiner Schule der Zukunft gibt es keine Lehrer! Zumindest nicht die ‚Be-Lehrer‘, die ihren Schülerinnen und Schülern zeigen, wo es langgeht, sich selbst als Quelle und Maß jedes Wissens verstehen und auf Dauer an dieser Verantwortung verbrennen. Lerncoaches, die Kinder und Jugendliche auf ihrem individuellen Weg begleiten, werden ihre Berufung mit Freude und Leichtigkeit ausüben. Kinder betreten keine Klassenzimmer, sondern offen gestaltete Lernräume, Learning Spaces genannt.

Jede Schülerin und jeder Schüler lernt eigenverantwortlich, wo und wie es ihm oder ihr gut tut: Sie lesen alleine in einer kuscheligen Ecke, arbeiten an Stehtischen, in der Hängematte, besprechen sich zu zweit in schallgedämpften Rück-

zugsnischen oder auf dem Schulhof. Schulen arbeiten digital und stellen Lerninhalte online zur Verfügung. Selbstorganisiertes Lernen wie in den vergangenen Wochen sind keine Ausnahme mehr, sondern Realität. Fächer gibt es nicht, sondern Projekte. Noten braucht es nicht. Kompetenzraster und Portfolios erlauben zukünftigen Arbeitgebern einen differenzierteren und transparenteren Einblick in die Fähigkeiten der jungen Erwachsenen. Nicht 88, sondern 100 Prozent aller Schulabgänger/-innen erreichen einen Abschluss, der ihnen die Tür zu ihrer Traumzukunft öffnet. Systemverlierer gibt es keine mehr.

Lisa Reinheimer, Lehrerin und Gründerin des Podcasts „Klassenheld“. In: didacta 03/20



Bertrand Russell: Zehn Gebote

Am 16. Dezember 1951 veröffentlichte der Philosoph und Mathematiker Bertrand Russell (1872 bis 1970) in der New York Times zehn Gebote unter dem Titel :

„Die beste Antwort auf Fanatiker Liberalismus“.

1. **Fühle Dich keiner Sache völlig gewiss.**
2. **Trachte nicht danach, Fakten zu verheimlichen, denn eines Tages kommen die Fakten bestimmt ans Licht.**
3. **Versuche niemals, jemand am selbstständigen Denken zu hindern: es könnte dir gelingen.**
4. **Wenn dir jemand widerspricht, und sei es dein Ehegatte oder dein Kind, bemühe dich, ihm mit Argumenten zu begegnen und nicht mit Autorität, denn ein Sieg durch Autorität ist unrealistisch und illusionär.**
5. **Habe keinen Respekt vor der Autorität anderer, denn es gibt in jedem Fall auch Autoritäten, die gegenteiliger Ansicht sind.**
6. **Unterdrücke nie mit Gewalt Überzeugungen, die du für verderblich hältst, denn sonst unterdrücken diese Überzeugungen dich.**
7. **Fürchte dich nicht davor, exzentrische Meinungen zu vertreten: jede heute gängige Meinung war einmal exzentrisch.**
8. **Freue dich mehr über intelligenten Widerspruch als über passive Zustimmung; denn wenn die Intelligenz so viel wert ist wie sie dir wert sein sollte, dann liegt im Widerspruch eine tiefe Zustimmung.**
9. **Halte dich an die Wahrheit, auch wenn sie nicht ins Konzept passt, denn es passt noch viel weniger ins Konzept, wenn du versuchst, sie zu verbergen.**
10. **Neide nicht denen das Glück, die in einem Narrenparadies leben; denn nur ein Narr kann das für Glück halten.**